



Eine neue Integrationsideologie

Zu den Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus des Peter von Oertzen

Siegfried Heimann/Bodo Zeuner

I. Einleitung

1. Für jede Analyse der gegenwärtigen Entwicklung und Rolle der SPD ist der offenkundige, auch von SPD-Führern kaum noch bestrittene Tatbestand grundlegend, daß die Reformversprechen der beiden ersten sozialliberalen Regierungen sich als illusionär erwiesen haben. Die 1969 und im Wahlkampf 1972 erweckten Erwartungen nach Erhöhung der Staatsausgaben zur Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse, nach „Humanisierung der Arbeitswelt“, nach effektiver Konjunkturregulierung und nach Erweiterung der Mitbestimmung im Produktionsbereich wurden enttäuscht. Die Reallöhne stagnierten, die Sicherheit der Arbeitsplätze wurde immer mehr gefährdet, die Ausbildungssituation verschlechterte sich. Das Versprechen der besseren „Lebensqualität“ blieb leer, weil die Bedürfnisse der Kapitalverwertung sich im direkten Konflikt mit gesellschaftlichen Interessen stets als vorrangig erwiesen (z. B. Industrieansiedlung, öffentlicher Nahverkehr, Stadtsanierung). Auch die Grenze des Steuervolumens beschränkte die vom Staat dafür bereitstellbaren Mittel. Die objektiven Gründe dieses Scheiterns der Politik der „Inneren Reformen“ brauchen hier nicht im einzelnen dargestellt zu werden; sie sind in der Kritik der Sozialstaatsillusion sowie in der Diskussion über Staatsinterventionismus und staatliche „Infrastruktur“-Politik in dieser Zeitschrift ausführlich diskutiert worden, auch wenn nicht immer auf die Politik der sozialliberalen Regierung direkt Bezug genommen wurde (1).

Bezogen auf die SPD-Politik sei hier vorausgesetzt, daß sich im Bereich der „Infrastruktur“-Politik nicht nur die vom Kapital nicht zugestandene Beschneidung der Masse des akkumulationsfähigen Mehrwerts als negative Schranke für die geplante Erhöhung des öffentlichen Anteils am Sozialprodukt erwiesen hat, sondern daß auch die Inflation als Erscheinungsform der grundlegenden Krisen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses die Staatsausgaben in einem Umfange blockiert, daß die Lösung von überhängigen Strukturproblemen erschwert, wenn nicht gefährdet

1 Vgl. dazu W. Müller/Chr. Neusüß: Die Sozialstaatsillusion und der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital, in: Sozialistische Politik Nr. 6/7 (1970), S. 4–47 (Nachdruck in: Probleme des Klassenkampfes, Zeitschrift für politische Ökonomie und sozialistische Politik (PROKLA), Sonderheft 1); W. Semmler/J. Hoffmann: Kapitalakkumulation, Staatseingriffe und Lohnbewegung, in: PROKLA 2 (1972), S. 1–85; E. Altwater: Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in: PROKLA 3 (1972), S. 1–53; D. Läßle: Staat und Allgemeine Produktionsbedingungen, Westberlin 1973

werden. Vorausgesetzt sei weiterhin, daß nicht der Lobbyismus des Kapitals in Regierung und Parlament, sondern die durch die kapitalistische Produktionsweise selbst gesetzte Abhängigkeit staatlicher Konjunkturpolitik von den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals es ist, die eine an gesamtgesellschaftlichen Interessen orientierte staatliche Regierungspolitik unmöglich macht, daß also eine an Krisenvermeidung orientierte staatliche Politik alles daran setzen muß, Akkumulationsanregungen für das Kapital zu schaffen und zu erhalten.

In eine Analyse der derzeitigen Situation der SPD müssen auch die subjektiv-ideologischen Ursachen einbezogen werden, die das Scheitern der Reformpolitik erst zu einem für die Partei bedrohlichen Eklat gemacht haben. Die Naivität also, mit der von Partei und Regierung in Wahlkämpfen und Regierungserklärungen allen, durchaus auch für klassische Nationalökonomien und Sozialwissenschaftler partiell absehbaren Entwicklungen zum Trotz Erwartungen hochgeschraubt wurden. Das Ergebnis, die Wahlniederlagen von Anfang 1974, bei denen ein Teil der vorher von Reformvisionen animierten Mittelschichtwähler verschreckt zu eindeutig prokapitalistischen Parteien zurückkehrte, ein großer Teil der Arbeiterstammwähler enttäuscht zu Hause blieb und ein kleiner Teil der Arbeiter sich sogar der vermeintlich effektiveren CDU zuwandte, war ja voraussehbar; gerade unter den in der SPD-Führung obwaltenden technokratischen Gesichtspunkten der Wahlkampfführung hätte der „Fehler“ der Produktion von Enttäuschung vermieden werden müssen.

Die Erklärung für die Reformprahlerei muß in drei Faktoren gesucht werden:

a) Die SPD-Führungsgruppe wurde Opfer ihres eigenen Theoriedefizits. Keine westeuropäische sozialdemokratische Partei hat in den 50er und 60er Jahren derart gründlich alle Elemente marxistischer Theorie aus der innerparteilichen Diskussion eliminiert. Der Ersetzung von Gesellschaftsanalyse durch einen Katalog ethischer Werte im Godesberger Programm von 1959 entsprach ein Bewußtseinsstand der SPD-Praktiker, der objektive, in den ökonomischen und gesellschaftlichen Bedingungen liegende Restriktionen der Verwirklichung dieser Werte nicht mehr theoretisch zu fassen vermochte, ein Bewußtseinsstand, dem der naive Glaube entspringen konnte, es komme in der Tat nur auf die richtigen Männer und die richtigen Instrumente der Regierung an, um die ökonomischen Interessen aller Gesellschaftsschichten zu harmonisieren. Hinzu kommt, daß diese Harmonisierung idealistisch-manipulativ verstanden wurde: Bezugsobjekt waren nicht Klassen und ihre Interessen, sondern Wähler und ihre demoskopisch erfaßbaren, propagandistisch fast beliebig manipulierbaren Einstellungen. Der Wahrnehmung der SPD-Führungsgruppe entgingen sowohl die durch die Vorherrschaft des Kapitals bedingten Grenzen ihrer Handlungschancen als Politiker, wie die durch die Klassenbasis der Politik gesetzten Grenzen ihrer Manipulationschancen gegenüber den Wählern.

b) Seit der Rezession 1966/67 und der Studentenrevolte 1967–1969 war die Krisenträchtigkeit kapitalistischer Akkumulation ebenso in das Bewußtsein wichtiger Wählerschichten gedrungen, wie die Vernachlässigung von Infrastrukturmaßnahmen durch eine zu eng vom jeweiligen kurzfristigen kapitalistischen Durchschnittsinteresse abhängige CDU/CSU-Regierung. Die SPD-Führung glaubte, kurzfristig erfolg-

reich, mit ihrem Programm der „Inneren Reformen“ die Verunsicherung der Arbeiterklasse und die Unzufriedenheit sozialer Aufsteigergruppen mit der leistungsfähigen Staatspartei CDU/CSU ausnutzen zu können, indem sie sich als problemlösungsfähige, „moderne“ Reformpartei präsentierte.

c) Nach 1969 zwangen auch die innerparteilichen Machtverhältnisse die SPD-Führung zum Festhalten an den Reformversprechungen. Insbesondere im Gefolge der Studentenbewegung hatten sich die Jungsozialisten zu einer an sozialistischen Zielvorstellungen orientierten Gruppe entwickelt, die in Anknüpfung an die Unzufriedenheit vor allem der sozialdemokratischen Kommunalpolitiker mit den mageren Ergebnissen der Infrastrukturpolitik auf den unteren Parteiebenen Machtpositionen erobert hatte und zugleich für den Wahlkampf als aktivste Gruppe unentbehrlich schien. Das Angewiesensein auf den um die Jungsozialisten gruppierten neuen linken Parteiflügel machte ein Zurückschrauben der Reformversprechen vor der Wahl 1972 nur in geringem Umfang möglich.

Die Punkte b) und c) reflektieren nun allerdings einen grundlegenden Widerspruch sozialdemokratischer Politik. Sie markieren, auf welche Weise auch eine sich von der Arbeiterbewegung bewußt entfernende sozialdemokratische Partei gezwungen ist, auf die Klassenbewegung zu reagieren. Die Qualifikation der SPD als bürgerliche Partei, als Agentin oder als direkter Teil der „Monopolbourgeoisie“ ist daher eine Verzerrung der Wirklichkeit. Sie verkennt, daß auch eine subjektiv integrationistische und eine kapitalkonforme Politik betreibende Führungsgruppe einer sozialdemokratischen Partei gezwungen sein kann, auf Grund der realen Bewegung des Kapitals und der Klassen zu einer Politik des Weckens reformistischer Ansprüche zurückzukehren. Die Vorstellung der über den Klassen stehenden technokratischen Volkspartei hat sich für die SPD als illusionär erwiesen. Solange die SPD auf die Arbeiterklasse als Kern ihres Wählerpotentials angewiesen ist, muß sie mindestens in ihrer Propaganda auf die realen Interessen der Arbeiterklasse eingehen, indem sie der Arbeiterklasse Reformen zur Besserung ihrer Lage verspricht.

Diese Reformversprechen, und erst recht Versuche, diese Versprechen zu realisieren, machen eine solche Partei für das Kapital, auf dessen Kooperation sie ja angewiesen bleibt, suspekt und mindern damit noch zusätzlich den Regulierungsspielraum einer sozialdemokratischen Regierung und die Wahlchancen bei den ideologisch vom Kapital beeinflussten Gruppen. Zugleich mindert die primär den Gesetzen der Kapitalbewegung, nicht einfach dem bösen Willen der Kapitalistenklasse geschuldete Unerfüllbarkeit der Reformversprechen die Glaubwürdigkeit einer solchen Partei in der Arbeiterklasse.

Dieser grundlegende Widerspruch sozialdemokratischer Politik zwischen Angewiesensein auf die Arbeiterklasse einerseits und notwendigem Verlust an Glaubwürdigkeit bei Bourgeoisie und Arbeiterklasse andererseits aktualisiert sich nicht in jeder historischen Phase; er kann zum Beispiel in Perioden relativ krisenfreier Akkumulation verdeckt bleiben; er kann auch latent bleiben, wenn die Sozialdemokratie als Oppositionspartei nicht gezwungen ist, die eigenen Versprechungen der Probe der Realisierbarkeit zu unterziehen.

Dieser Widerspruch verstärkt sich jedoch, wenn eine regierende sozialdemo-

kratische Partei, wie zur Zeit in der BRD, es mit einem sich verringern den Konzessionsspielraum des Kapitals zu tun hat.

Die neue Regierung Schmidt versucht, diesen Widerspruch einseitig zu lösen: Sie gibt den Verbal-Reformismus Brandtscher Prägung auf und will nur „anständig regieren“. Der Arbeiterklasse soll nicht mehr mit Versprechen nach grundlegender Verbesserung ihrer Lage, sondern nur noch mit der Zusage, die kapitalistische Reproduktion im Interesse aller, koste es auch Opfer, am Funktionieren zu halten, imponiert werden. Die für die SPD selbstzerstörerische Qualität von Reformversprechen wurde von den Technokraten um Schmidt deutlich erkannt; die Konsequenz ist die Reduktion der Erwartungen an den Staatsapparat. Schmidt über seine Regierungserklärung:

„Richtig ist allerdings, daß es mir in der Situation des Frühjahrs 1974 sehr notwendig erschien, das unter Aufrechterhaltung der ökonomisch erreichbaren Stabilität Realisierbare zu realisieren. Gleichzeitig wollte ich aber auch klarmachen, daß das bei Aufrechterhaltung dieser Stabilität nicht realisierbare gar nicht erst versucht werden sollte.“

Die „ökonomisch erreichbare Stabilität“, also die Notwendigkeiten der Kapitalverwertung, werden hier eindeutig zum Maßstab jeder Staatsaktivität. Seinem Vorgänger wirft Schmidt vor, diese ökonomische Grenze der Reformen nicht klar genug gesehen zu haben:

„Ich selbst bin auch *ein Reformer*. Ich mache davon allerdings nicht ganz den Gebrauch wie andere, deren Lebensweg sie nicht dazu geführt hat, sich kritisch auch immer mit den ökonomischen Möglichkeiten zu beschäftigen.“

Eine solche, den Akkumulationsbedürfnissen des Kapitals unterworfenene Regierungspolitik verlangt eine Disziplinierung derjenigen Kräfte innerhalb der Arbeiterklasse, die in Lohnkämpfen, wie 1973, über kapitalkonforme Orientierungsdaten hinausgehen könnten. Konsequenterweise strebt Schmidt eine eindeutige Indienstnahme der Gewerkschaftsführungen für die Disziplinierung der Arbeiterklasse an. Er scheut sich auch nicht, offen auszusprechen, wem diese Disziplinierung nützen soll:

„Wenn mich ausländische Unternehmer fragen, wie es kommt, daß z. B. trotz der stetigen Aufwertung der Mark die deutsche Industrie immer noch besser exportieren kann als ihre eigene, wie es kommt, daß wir den geringsten Preisanstieg aller westlichen Industrieländer haben, dazu die wenigsten Streiks, ein relativ gutes Arbeitsklima, eine relativ geregelte und letztlich eben doch von einem erheblichen Maß an Fairplay gekennzeichnete Arbeits- und Sozialordnung, dann antworte ich immer: Weil bei uns die *Gewerkschaften* nicht nur dem Namen nach als notwendiger Bestandteil der demokratischen Gesellschaft gefeiert werden, sondern weil sie ihre Rolle tatsächlich *erfolgreich spielen*“ (2).

Der DGB hat sich gegen diese Rollendefinition keineswegs verwahrt, sondern in einer offiziellen Stellungnahme seines Bundesvorstandes die Regierungserklärung Schmidts ausdrücklich begrüßt (3).

Schmidt – als nunmehr zweifellos bestimmende Figur der SPD – versucht

2 Alle Zitate nach: Süddeutsche Zeitung vom 8./9.6.1974, S. 10

3 Vgl. dazu das offizielle Organ des DGB: Die Quelle, u. a. Nr. 6 (1974), S. 234 f.

also, die Entwicklung seiner Partei rückgängig zu machen: vom verbalen Reformismus, der gefährliche Hoffnungen weckt, zu einer auch verbal deutlich herausgestrichenen Unterordnung der Interessen der Arbeiterklasse unter die des Kapitals.

Von den Ursachen, die zu dem technokratischen Fehler der unerfüllbaren Reformversprechen geführt haben, kann er einige beseitigen, andere aber bleiben bestehen. Er ist Exponent einer Gruppe, die selbst keine naiven Illusionen über die Reformierbarkeit des kapitalistischen Systems hegt, sondern die Grenzen des Regierungshandelns mindestens insoweit begriffen hat, als die herkömmliche Ökonomie diese Grenze zu fassen vermag. Diese Gruppe unterliegt freilich auch den Irrtümern dieser Ökonomie insofern, als sie die Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Akkumulation für auf Dauer durch Staatsintervention ausschaltbar hält. Sie unterliegt erst recht den Irrtümern der herkömmlichen Politologie und Soziologie, die Klasseninteressen nur als wahlverhaltensbedingende Einstellungen sehen und daher die Arbeiterklasse nur als Objekt von Manipulation, Propaganda und disziplinierenden Gewerkschaftsführungen, nicht als zur selbständigen Wahrnehmung ihrer Interessen fähig zu sehen vermögen. In bezug auf die eigene Partei schließlich hängt diese Gruppe einem Glauben an, der sich als Irrtum erweisen *könnte* – der Vorstellung, diejenigen innerparteilichen Kräfte, die an sozialistischen Zielen festhalten, ließen sich so stark eliminieren oder in eine Außenseiterposition drängen, daß sie die Partei nicht mehr zur Verbreitung reformistischer Forderungen zwingen kann.

2. In dieser Situation der Entwicklung der SPD–Politik von einer verbal–reformistischen zu einer unverhüllt kapital-integrationistischen hat der Parteivorstand der SPD eine Broschüre herausgegeben, in der der niedersächsische SPD-Landesvorsitzende und Vorsitzende der SPD–Langzeitprogramm–Kommission, das Mitglied des Parteivorstandes Peter von Oertzen eine ausführliche Begründung eben jener Strategie zu geben versucht, die von Schmidt gerade fallengelassen wurde, der Strategie des graduellen, reformistischen Übergangs zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Von Oertzens Schrift ist der erste Versuch eines sich als links verstehenden Sozialdemokraten, nach 1945 eine reformistische und systemverändernde SPD-Strategie in Anknüpfung an Marx zu begründen. Seine Schrift, mit der sich dieser Aufsatz im folgenden auseinandersetzt, ist zeitlich vor der Abkehr der Regierungssozialdemokraten vom Verbal-Reformismus entstanden. Ausgangspunkt war ein Referat auf dem Frankfurter Unterbezirksparteitag der SPD am 16./17. 11. 1973, das er zu einer ausführlichen zweiten Fassung erweitert hat. Die wichtige Rolle der Person des Verfassers in der Partei – er verzichtete zugunsten intensiver Partearbeit als Vorsitzender der Langzeitkommission auf die Position des niedersächsischen Kultusministers – erlaubt es nicht, die Thesen von Oertzen als Meinungen eines Außenseiters zu behandeln; und die Tatsache, daß seine Thesen nach Schmidts Regierungsantritt vom Parteivorstand als programmatisches Dokument veröffentlicht wurden (4), läßt

4 Nach der vom Bundesvorstand der SPD herausgegebenen Ausgabe der Thesen wird in diesem Aufsatz zitiert: Peter von Oertzen: Thesen zur Strategie und Taktik des demokratischen Sozialismus in der Bundesrepublik Deutschland – Diskussionsthesen zur Arbeit der Partei, hrsg. vom Bundesvorstand der SPD, Bonn o. J. (1974); (zit.: Thesen . . .)

nur den Schluß zu, daß seiner Methode der Propagierung und Fundierung reformistischer Thesen von der Parteiführung jetzt erst recht eine besondere Bedeutung zugemessen wird.

Hier stellt sich die Frage, welche Funktion die Propagierung einer für die Regierungspolitik gerade aufgegebenen „Theorie“ für die diese Regierung tragende Partei haben könnte. Unsere Hypothese ist, daß die Thesen von Oertzens vor allem innerparteilich dem Zweck dienen, die durch Reformillusionen mobilisierten Mitglieder und unteren Funktionsträger durch einen Apell an die Geduld an die Schmidt-SPD zu binden. Von Oertzen wendet, wie im folgenden gezeigt wird, viel Mühe auf, um zu beweisen, daß eine grundlegende gesellschaftliche Veränderung ein unabsehbar langfristiger Prozeß sei, bei dem man sich durch momentane Rückschläge nicht irremachen lassen dürfe.

Ihm ist jedes Argument recht, um – durchaus in der Tradition nicht nur von Bernstein, sondern auch von Kautsky – die Sozialdemokratie von der Erwartung zu befreien, sie müsse doch einmal den Kampf gegen die Macht des Kapitals direkt führen. Er versucht mit Marx zu beweisen, daß eine revolutionäre gesellschaftliche Umwälzung, so wie Marx sie verstand, entweder verfrüht komme oder nicht mehr nötig sei.

Die zweite innerparteiliche Funktion der von Oertzen-Thesen liegt darin, einen Grenzpfahl für diejenigen linken Sozialdemokraten zu setzen, die sich den von ihm formulierten Grundsätzen reformistischer Politik nicht fügen. Er formuliert Prinzipien, die im Godesberger Programm der SPD nicht wörtlich stehen (z. B. „Die SPD will eine reformistische Partei sein“); er gibt sogar zu, daß eine weitergehende Interpretation des Godesberger Programms, auf die linke Sozialdemokraten sich berufen, von diesem Programm voll gedeckt sei; und er fordert trotzdem den Ausschluß solcher Mitglieder aus der SPD, weil sie objektiv parteischädigend wirkten: Als Auffassungen, deren Verfechter sich „objektiv in einem unauf löslichen Widerspruch zu den Zielen und praktischen Möglichkeiten sozialdemokratischer Politik“ befinden, nennt er u. a. „die Diskreditierung sogenannter ‚systemstabilisierender‘ Reformen, die pauschale Kritik des sogenannten ‚Reformismus‘, oder gewisse gleichlaufende Tendenzen unter einigen Vertretern des Theorems von der sogenannten ‚Sozialstaatsillusion‘“. Von Oertzen: „Für den Fall, daß sie ihre Auffassung nicht mehr – wie bisher – überwiegend nur verbal vertreten, sondern anfangen, praktische Konsequenzen daraus zu ziehen, würden sie die SPD lediglich zerstören, nicht aber erneuern können“ (5).

Und bevor sie derartiges könnten, müßte man sie präventiv ausschließen. Mit dieser Abgrenzung nach links – der übrigens keine Abgrenzung nach rechts entspricht – stellt von Oertzen die SPD-Linke, vor allem die Jungsozialisten, vor Probleme. Er bietet ihrem integrationsfähigen Teil an, sich unter Rettung ihres guten Gewissens, ja sogar unter Rettung der Möglichkeit, sich auf Marx zu berufen, in die Schmidt-SPD als Teil eines progressiven, aber geduldigen Flügels einzufügen, er fordert von ihnen aber zugleich, sich von ihren ungeduldigen Teilen zu trennen.

Daneben hat von Oertzens Theorieversuch auch eine weitergehende Funk-

tion: Die für Wählerstimmen entscheidenden Multiplikatoren, z. B. aktive Gewerkschafter, aber auch unter Schülern, Lehrlingen und Studenten aktive Jusos, sollen über das Scheitern der Reformpolitik hinweggetröstet und als SPD-Opinionleader erhalten werden.

Daß von Oertzens Versuch, den SPD-Reformismus gleichzeitig einzufrieren und in seiner ausstrahlenden Wirkung zu erhalten, bei den aktiven Kadern der Industriearbeiter in den Großbetrieben irgendeine Resonanz findet, halten wir allerdings nach den Erfahrungen von 1973 für unwahrscheinlich. Wir werden dieses Problem im Schlußteil (Teil IV), in dem wir die politische Funktion der Thesen von Oertzens erörtern, ausführlicher behandeln. Zuvor erscheint es uns allerdings notwendig, anhand ausgewählter Beispiele die Vorstellung zu destruieren, daß sich marxistische Gesellschaftsanalyse und sozialdemokratischer Reformismus à la von Oertzen miteinander vereinbaren ließen (Teil II); außerdem ist vorher notwendig, die ganze Hohlheit des von Oertzenschen Programms zur graduellen Überführung der kapitalistischen in eine sozialistische Produktionsweise anhand seiner Aussagen über die aktuellen Bedingungen reformistischer Regierungspolitik zu widerlegen, wobei sich ergeben wird, daß der von Oertzensche SPD-Reformismus im Gegensatz zu dem Bernsteins und auch im Gegensatz zu dem ernsthaft die ökonomischen Bedingungen analysierenden Reformisten in westeuropäischen Ländern sich durch einfaches Ignorieren der Erfahrungen und Kämpfe der Arbeiterklasse einerseits, der empirisch belegbaren Reaktionen des Kapitals andererseits auszeichnen (Teil III).

II. Von Oertzens Verständnis des Marxismus

Am Beispiel einiger zentraler Begriffe der marxistischen Gesellschaftsanalyse wollen wir zunächst von Oertzens Verständnis vom Marxismus untersuchen.

Der Zweck der Untersuchung soll sicherlich nicht der sein, von Oertzen beckenmessersch der falschen Marxismusauslegung zu zeihen. Den Vorwurf, Marx-Zitate aus dem Zusammenhang gerissen und falsch interpretiert zu haben, werden wir sicherlich immer wieder belegen können, aber er ist gewissermaßen ein Abfallprodukt, das neben der eigentlichen Kritik mit anfällt.

Die Analyse des Oertzenschen Verständnisses einiger wichtiger marxistischer Begriffe ist deshalb so wichtig, weil sich zeigen wird, daß überall, wo von Oertzen versucht, sich auf Marx zu berufen, bei genauem Hinschauen im neuen Gewande die alte reformistische Ideologie durchscheint. Bei der Untersuchung des Oertzenschen Reformgradualismus im III. Teil unserer Darstellung wird sich erweisen, daß von Oertzen den Rückgriff auf Marx nicht allein wagt, weil ihm die alten Kleider des Reformismus zu verschlissen scheinen, sondern weil ihm seine spezifische Marx-Auslegung erlaubt, seinen Reformgradualismus mitzubegründen. Im IV. Teil, in dem wir die Funktion der Oertzenschen Thesen erörtern, wird darüber hinaus deutlich, daß der marxistische Zitatenschmuck noch eine zusätzliche Aufgabe erfüllen muß.

Bei dem Versuch von Oertzens, seine Vorstellung von einer möglichen reformistischen Veränderung der bestehenden Gesellschaft zu begründen, spielt sein Ver-

ständnis von der „sozialen und politischen Revolution“, von den „Produktionsverhältnissen“, vom „Kapital“, vom „Proletariat“ und vom „bürgerlichen Staat“ eine tragende Rolle.

Beim Erörtern dieser Begriffe will von Oertzen eine Reihe „tief in die sozialistische Denktradition verflochtene theoretische Irrtümer“ (6) richtigstellen und so aus der Richtigstellung eine jedem einleuchtende Begründung für seinen nur so vorstellbaren ‚Gradualismus‘ liefern. Von Oertzens wichtigste Belegstelle in seinem eklektizistischen Rekurs auf Marx ist dessen „Vorwort zur Kritik der Politischen Ökonomie“, das schon Bernstein als Ausgangspunkt seiner Marx-Revision diente (7). Marx definiert dort die Voraussetzung „einer Epoche sozialer Revolution“ damit, daß die „Produktivkräfte der Gesellschaft in Widerspruch mit den vorhandenen Produktionsverhältnissen“ (8) treten. Daraus und aus einer Reihe anderer Marx-Zitate leitet von Oertzen eine Reihe von Schlußfolgerungen ab.

1. *Von Oertzens Vorstellung von der sozialen und politischen Revolution*

„Der hier – nach Marx – entwickelte Begriff der sozialen Revolution bezieht sich auf eine notwendigerweise längere geschichtliche Epoche gesellschaftlicher Umwälzung. Er ist nicht identisch mit dem verfassungsrechtlich politischen Begriff der ‚Revolution‘, der eine – in der Regel gewaltsame – Durchbrechung der herrschenden politischen und rechtlichen Ordnung bedeutet. Die ‚Epoche sozialer Revolution‘ kann auch oder sogar überwiegend lange Phasen der ‚Evolution‘, d. h. der friedlichen legalen Reform umfassen.“

Soweit von Oertzen, und soweit richtig. Aber dann kommt der typische, noch häufiger zu konstatierende von Oertzen-Kurzschluß:

„Die falsche, häufig bloß verbale Alternative von ‚Revolution‘ und ‚Evolution‘ oder von ‚Revolution‘ und ‚Reform‘ kann in der theoretischen Diskussion erhebliche – und überflüssige – Verwirrung stiften“ (8a).

Überflüssig ist hier freilich nur die Verwirrung, die von Oertzen stiftet, indem er binnen drei Sätzen die richtige Unterscheidung zwischen „sozialer“ und „politischer“ Revolution wieder fallenläßt und alles in einen Topf schmeißt.

Für die soziale Revolution, die Umwälzung kapitalistischer zu sozialistischen Produktionsverhältnissen, gibt es in der Tat nicht die Alternative von schnell und langsam, gewaltsam und friedlich, Evolution oder einer als Explosion verstandenen „Revolution“. Hier aber liegt der Punkt: von Oertzen möchte den westdeutschen Linken weismachen, daß es deshalb überhaupt keine Rolle mehr spiele, ob überhaupt oder wie die Arbeiterklasse an die politische Macht kommt – weil eben ohnehin alles nur evolutionär gehen könne. Von Oertzen überträgt also mit Hilfe eines Taschenspielertricks die von Marx und Engels entwickelten Bestimmungen der

6 ebd., S. 16

7 Vgl. E. Bernstein: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Stuttgart 1910

8 Vgl. Karl Marx: Zur Kritik der Politischen Ökonomie. Vorwort, in: MEW 19, S. 28

8a Thesen, a. a. O., S. 10

„sozialen Revolution“ auf die politische Revolution und nutzt sie für seinen Begriff von einer Evolution aus. Und das, obwohl die Aussagen von Marx und Engels zur politischen Revolution, also zur „– in der Regel gewaltsame(n) – Durchbrechung der herrschenden politischen und rechtlichen Ordnung“ (9) eindeutig sind: Die Arbeiterklasse muß die politische Macht übernehmen und sie zur Durchbrechung der herrschenden – eben kapitalistischen – politischen und rechtlichen Ordnung nutzen, um durch die dann von ihr ausgeübte politische und rechtliche Gewalt sozialistische Produktionsverhältnisse herzustellen. Die Herstellung sozialistischer Produktionsverhältnisse ist, wie Marx an der Pariser Commune gezeigt hat, dann ein schrittweise zu vollziehender Prozeß der bereits vor der politischen Revolution sich vorbereitenden „sozialen Revolution“ während einer „politischen Übergangsperiode“ (10), während der freilich die politische Macht in den Händen der Arbeiterklasse liegen muß (11).

Die Form dieser politischen Revolution hängt von konkret-historischen Bedingungen ab. Aus Marx' und Engels' politischen Schriften allgemeine Gesetze über diese Form – gewaltsamer Umsturz oder parlamentarische Machteroberung – ableiten zu wollen, wäre eine positivistisch-unhistorische Verfälschung. Marx hat im „Elend der Philosophie“ (1847), „den brutalen *Widerspruch* . . ., den Zusammenstoß Mann gegen Mann als letzte Lösung“ für unausweichlich angesehen (12); er hat in seiner Amsterdamer Rede (1872) erklärt, „daß es Länder gibt, wie Amerika, England . . ., wo die Arbeiter auf friedlichem Wege zum Ziel gelangen können“ (13). Das Wesen der politischen Revolution im Marxschen Sinne ist eben nicht die gewaltsame oder gewaltlose Form, sondern ihr Inhalt – den Marx 1847 und 1872 im Grundsatz gleich formulierte (14). Halten wir fest: von Oertzen versucht, aus Marx die Thesen abzuleiten, „soziale Revolution“, als Summe allmählicher Reformen im Rahmen des Kapitalismus verstanden, mache eine politische Revolution überflüssig. Wo immer von Oertzen den Beweis dafür hernehmen will, auf Marx kann er sich nicht stützen. Nach Marx bedeutet politische Revolution, daß die

9 ebd., S. 10

10 Vgl. Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, in: MEW 19, S. 28

11 Vgl. Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, in: MEW 17, S. 319–362, vor allem S. 343 f.

12 Vgl. Karl Marx: Das Elend der Philosophie, in: MEW 4, S. 182

13 Vgl. Karl Marx: Rede über den Haager Kongreß, in: MEW 18, S. 160

14 Vgl. dazu die im Sinn identischen Formulierungen im Kommunistischen Manifest und in Marxens Rede über den Haager Kongreß: „Wir sahen schon oben, daß der erste Schritt in der Arbeiterrevolution die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erämpfung der Demokratie ist. Das Proletariat wird seine politische Herrschaft dazu benutzen, der Bourgeoisie nach und nach alles Kapital zu entreißen, alle Produktionsinstrumente in den Händen des Staats, d. h. des als herrschende Klasse organisierten Proletariats zu zentralisieren und die Masse der Produktionskräfte möglichst rasch zu vermehren.“ MEW 4, S. 481

„Der Arbeiter muß eines Tages die politische Gewalt ergreifen, um die neue Organisation der Arbeit aufzubauen; er muß die alte Politik, die die alten Institutionen aufrechterhält, umstürzen, wenn er nicht, wie die alten Christen, die das vernachlässigt und verachtet haben, des Himmelreichs auf Erden verlustig gehen will.“ MEW 18, S. 160

Arbeiterklasse den Staatsapparat erobert und ihn so verändert, daß die soziale Revolution gegen das Kapital vollendet werden kann.

2. *Von Oertzens Begriff von den Produktionsverhältnissen*

Auch beim Begriff der Produktionsverhältnisse treibt von Oertzen mit Marx-Zitaten Falschmünzerei. Von Oertzen definiert Produktionsverhältnisse „grob gesagt“ so: Sie seien der „institutionelle(n) Rahmen der Gesellschaft: Insbesondere und vor allem die Art und Weise gesellschaftlicher Verfügung über die Mittel der materiellen Produktion und Konsumtion („Eigentumsverhältnisse“), sowie im Zusammenhang damit die Form der politischen Organisation („Herrschaftsverhältnisse“) und die Institutionen bzw. Verhältnisse, durch die die Menschen außerhalb der politischen Organisationen in die Gesellschaft integriert werden (Familie, Schule, Massenkommunikationsmittel, kulturelles und religiöses Leben – „Sozialisation“) (15).

Also wird der gesamte juristische, politische und ideologische Überbau den Produktionsverhältnissen einverleibt, obwohl Marx gerade das nicht tut, sondern die Produktionsverhältnisse, also die „ökonomische Struktur der Gesellschaft“, als „reale Basis“ vom Überbau, der sich auf ihnen aufbaut, begrifflich getrennt hält. Auf dieser begrifflichen Trennung zu bestehen, ist keine Spitzfindigkeit, wie sich gleich zeigen wird. Für Marx war die Umwälzung des Überbaus eine Konsequenz der Veränderungen der „ökonomischen Grundlagen“, eine Umwälzung des Überbaus, die sich „langsamer oder rascher“ vollziehen konnte, für ihn galt es, sehr genau zu „unterscheiden zwischen der materiellen, naturwissenschaftlich treu zu konstatierenden Umwälzung in den ökonomischen Produktionsbedingungen und den juristischen, politischen, religiösen, künstlerischen oder philosophischen, kurz, ideologischen Formen, worin sich die Menschen dieses Konflikts bewußt werden und ihn ausfechten“ (16).

Von Oertzen, der sich genau diese Unterscheidung spart, gewinnt dadurch einen Beweisvorteil für seine Reformismusstrategie: Er schöpft ihn aus seiner von Marx abweichenden Ausdehnung des Begriffs der Produktionsverhältnisse in Verbindung mit der Marxschen These, Voraussetzung „höherer Produktionsverhältnisse“, sei, daß „die materiellen Existenzbedingungen derselben im Schoß der alten Gesellschaften ausgebrütet worden sind“ (17). Dies ist, nach von Oertzen von einer materialistischen Kritik, die sich nicht als utopisch und idealistisch versteht, jeweils konkret-historisch „nachzuweisen“ (18). Klassisches Beispiel für einen sozusagen historisch gelungenen Nachweis ist für von Oertzen „die Epoche der bürgerlichen und industriellen Revolution“:

„Die wirtschaftlichen, politischen und geistigen Kräfte des sich entfaltenden Dritten Standes rebellierten gegen eine unproduktive, parasitär gewordene Gesellschaftsordnung, gegen feudale

15 Thesen, a. a. O., S. 8

16 MEW 13, S. 9

17 ebd.

18 Thesen, a. a. O., S. 11

Privilegien, zünftlerische Enge, monarchisch—aristokratischen Obrigkeitsstaat und klerikale Bevormundung. Sie stürzten die alte Ordnung — teils auf dem Wege allmählicher wirtschaftlich-sozialer Entwicklung und politischer Reform, teils auf dem Wege blutiger Revolutionen — und schufen die bürgerliche Gesellschaft, die Gesellschaft der kapitalistischen Wirtschaft, des parlamentarischen Staates und der liberalen Freiheiten“ (19).

Die Moral der Geschichte ist klar: Zum einen wäre, wenn die „bürgerliche und industrielle“ Revolution in einigen Ländern auf dem Wege gradueller Entwicklung und politischer Reform möglich war, nicht einzusehen, warum nicht auch der Übergang zu einer sozialistischen Gesellschaft ähnlich verlaufen könnte. Zum anderen wäre eine Revolution nur dann berechtigt, wenn die kapitalistische Gesellschaftsformation und ihr „parlamentarischer Staat“ sich in gleicher Weise als „unproduktiv“ und „parasitär“ erwiesen hätten wie einst die feudale Privilegienordnung und der monarchisch-aristokratische Obrigkeitsstaat. Die Umkehrung davon wäre — drittens —, daß, ebenso wie im Feudalismus die Grundelemente der kapitalistischen Produktionsweise sich lange vor der politisch-gesellschaftlichen Umwälzung entwickelt haben, auch die Zeit für eine sozialistische Produktionsweise erst reif ist, wenn die Grundelemente einer sozialistischen Produktionsweise unter kapitalistischen Bedingungen schon entwickelt sind.

Nicht von Oertzen, aber Lelio Basso, von dessen Aufsatz über „Die Rolle des Rechts in der Phase des Übergangs zum Sozialismus“ (20) von Oertzen bekennt, er habe „ausführlicher und differenzierter, als ich es konnte, die theoretischen Grundlagen dieser Thesen untermauert“ (21), versucht, die für reformistische Thesen ergiebige Analogie von bürgerlicher und sozialistischer Umwälzung durch umfangreiche Marx-Zitologie zu fundieren (22). In der Tat haben Marx und Engels die Ähnlichkeit der Bewegungen beim Übergang der feudalen zur bürgerlichen Gesellschaft oft hervorgehoben. Sie haben, insbesondere in ihren politischen Schriften, die Notwendigkeit der Befreiung von objektiv reaktionär gewordenen politischen Fesseln betont und dabei zuweilen sehr allgemeine Formeln zur Kennzeichnung sowohl der den Widerspruch vorantreibenden Kräfte wie der hemmenden Fesseln gebraucht (23). Die reformistischen Schlußfolgerungen aus diesen Zitaten stimmen aber nur dann, wenn sich aus Marx und Engels herauslesen ließe, daß sich unter der alten Gesellschaftsformation nicht nur die sprengenden Produktivkräfte, sondern auch neue Produktionsverhältnisse herausbilden müßten, bevor der Übergang zur neuen Gesellschaftsformation möglich und notwendig werde. Dies aber ist nach der Marxschen Theorie gerade einer der wesentlichen Unterschiede zwischen bürgerlichen Revolutionen und sozialistischer Umwälzung: daß nämlich den bürgerlichen Revolutionen noch unter der politischen Herrschaft absolutistischer und feudaler Regime eine diese Regime unterhöhende Entwicklung nicht nur der Produktivkräfte, sondern auch der Produktionsverhältnisse vorangegangen war; daß sich unter dem Dach der alten Herrschaftsverhältnisse und neben der feudalen Produktions-

19 Thesen, a. a. O., S. 8/9

20 In: Kritische Justiz 3 (1973), S. 239–263

21 Thesen, a. a. O., S. 6

22 Vgl. L. Basso, a. a. O., S. 241 ff.

23 Vgl. z. B. Friedrich Engels, Anti-Dühring, in: MEW 20, S. 249

weise auch die kapitalistische Produktionsweise entwickeln konnte, die dann den vorkapitalistischen politisch-ideologisch-juristischen feudalen Überbau, die „politische Hülse“ (24), in die Luft sprengen mußte, um die Bedingungen weiterer Entfaltung der kapitalistischen Produktionsweise zu sichern, – daß dagegen die sozialistische Produktionsweise sich nicht in ähnlicher Art unter kapitalistischen Bedingungen herausbilden kann, weil das langsame Keimen sozialistischer Produktionsverhältnisse sich nicht mit den Gesetzen der Akkumulation des Kapitals verträgt.

„Es ist eine Besonderheit der kapitalistischen Ordnung, daß in ihr alle Elemente der künftigen Gesellschaft in ihrer Entwicklung vorerst eine Form annehmen, in der sie sich dem Sozialismus nicht nähern, sondern von ihm entfernen. In der Produktion wird immer mehr der gesellschaftliche Charakter zum Ausdruck gebracht. Aber in welcher Form? Von Großbetrieb, Aktiengesellschaft, Kartell, wo die kapitalistischen Gegensätze, die Ausbeutung, die Unterjochung der Arbeitskraft aufs höchste gesteigert werden“ (25).

Von daher bekommt auch die politische Revolution für den Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus einen grundlegend anderen Stellenwert als für den Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus: sie ist nicht einfach Abstreifen einer Hülse, sie muß als politische Form der Machtausübung der Arbeiterklasse die Voraussetzungen für die Schaffung sozialistischer Produktionsverhältnisse erst herstellen und sichern. In diesem Sinne kommt die politische Revolution des Proletariats immer „zu früh“, und deshalb „ist die Opposition gegen die ‚verfrühte‘ Machtergreifung nichts als die Opposition gegen die *Bestrebung des Proletariats überhaupt*, sich der Staatsgewalt zu bemächtigen“ (26).

3. *Von Oertzens Begriff vom Kapital*

Sich ein weiteres Mal mit marxistischem Vokabular und mit Marx-Zitaten schmückend, wirft von Oertzen den irrenden sozialistischen Theoretikern vor, daß sie die „gesellschaftliche Grundkategorie“, das „Kapital“, unkritisch verwenden. Sie säßen dem Schein auf und verlören so den „realen gesellschaftlichen Inhalt aus dem Blick“. Ein langes Marx-Zitat belegt nun sehr schön (immerhin aus dem 3. Band des Kapitals) den „gesellschaftlichen Inhalt“, den Oertzen voll akzeptiert und in dem Marx davon spricht, daß „die wahre Schranke der kapitalistischen Produktion . . . das Kapital selbst“ ist und das von Oertzen noch einmal zutreffend zusammenfaßt, wenn er schreibt:

„Der zentrale systematische Einwand gegen die kapitalistische Produktionsweise ist, daß in ihr Produktivkräfte nicht entsprechend den realen menschlichen Bedürfnissen, sondern nach den Gesetzen der Kapitalverwertung mit dem Ziel der Profitmaximierung entwickelt werden.“

24 Vgl. MEW 4, S. 347

25 Rosa Luxemburg: Sozialreform oder Revolution, in: Rosa Luxemburg, Politische Schriften I, hrsg. v. O. Flechthelm, Frankfurt-Wien 1966, S.,117

26 ebd., S. 122

Und danach formuliert von Oertzen knapp und bündig, wie er – den Schein durchbrechend – das „Kapital“ in der gesellschaftlichen Realität ausmacht:

„Da nun ‚das Kapital‘ in der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch viele einzelne Kapitalisten und nach kapitalistischen Gesichtspunkten wirtschaftende Unternehmungen verkörpert wird . . .“ (27).

In diesem Nebensatz faßt von Oertzen seinen Begriff vom „Kapital“ zusammen, so das lange vorangestellte Marx-Zitat Lügen strafend und so sein ganzes Unverständnis gegenüber dem Marxschen Begriff offenbarend. Ganz nebenbei entlarvt sich auch sein Satz, daß „das Kapital . . . also sowohl theoretisch kritisiert als auch praktisch aufgehoben werden (muß)“ (28), den er kurz zuvor lässig den irrenden sozialistischen Theoretikern entgegengeschleudert hat, – wie so oft, wenn von Oertzen grundlegend und bedeutsam formuliert – als hohle Phrase.

Für von Oertzen ist „Kapital“ also gleich der Summe der Einzelkapitalisten, wohlgemerkt nicht etwa, was ein noch verständliches Mißverständnis des Marxschen Begriffes wäre, die Summe der Einzelkapitale, nein, die Personen und die Unternehmungen sind es. Es verwundert nicht, daß er gerade daran seinen zentralen Satz zur Begründung des Gradualismus anschließt.

„ ‚Das Kapital‘ ist keine an sich seiende in sich geschlossene gesellschaftliche Wesenheit, sondern der Ausdruck konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse.“ Da diese gesellschaftlichen Verhältnisse durch ihre „Verselbständigung gegenüber den konkreten lebenden Menschen und ihren Bedürfnissen gekennzeichnet“ sind, seien sie, insbesondere die „Verselbständigung des Kapitalverhältnisses . . . insofern sowohl Schein, d. h. Verstellung der Wirklichkeit, als auch reales Moment der Wirklichkeit selbst“ (29).

Da das Kapitalverhältnis auf einer Verselbständigung beruht, wird es zum Schein, zur Mystifikation degradiert, vergleichbar den von diesem Kapitalverhältnis selbst hervorgebrachten Mystifikationen, etwa der des klassenneutralen Staates oder des gerechten Lohns. Übersehen wird der Unterschied, daß sich das Kapitalverhältnis *von den Bedürfnissen der Menschen* verselbständigt und als diese Bedürfnisse unterdrückendes Verhältnis *ganz und gar real* ist, während die wirklichen Mystifikationen ihren Ort in den Köpfen der Menschen haben, dort aber mit Notwendigkeit entstehen und deshalb Realitätscharakter an der Oberfläche der gesellschaftlichen Erscheinungen annehmen. Das Wesen des Kapitals wird zum Schein, seine Erscheinung zur einzig relevanten Realität umgemünzt. Folgerichtig der nächste Schritt:

„Da nun ‚das Kapital‘ in der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch viele einzelne Kapitalisten und nach kapitalistischen Gesichtspunkten wirtschaftende Unternehmungen verkörpert wird, ist überhaupt nicht einzusehen, weshalb nicht durch gesellschaftliche Planung und Lenkung in bestimmten Schlüsselbereichen das Gesetz der Kapitalverwertung außer Kraft gesetzt werden könnte, während es in weiten Bereichen der Wirtschaft weiter gilt“ (30).

27 Thesen, a. a. O., S. 17

28 ebd., S. 16

29 ebd.

30 ebd., S. 17

In der Tat: Wenn wirklich nur ist, was an der Oberfläche erscheint, wenn jeder Begriff vom Kapital im allgemeinen fehlt, dann bleibt vom Kapitalismus nur eine Summe von einzelnen Kapitalisten übrig, denen man nicht einmal mehr ihren Zusammenhang über die Konkurrenz und erst recht nicht ihr Zusammenwirken als Klasse ansieht, und die deshalb Schritt für Schritt, sozusagen Einzelkapital für Einzelkapital, „außer Kraft gesetzt“ werden können.

Denn getreu nach der Geschichte von den zehn kleinen Negerlein braucht man bei der Verwirklichung einer graduellen Veränderung der Gesellschaft ja nur einen kleinen Kapitalisten auszukaufen, dann sind es nur noch neun. Und irgendwann hat sich durch Reduktion auf Null dieses ganze ominöse „Kapitalverhältnis“ in Luft aufgelöst. Letzteres aber will von Oertzen nicht, oder besser: darf er nicht, denn das widerspräche dem Grundsatz des Godesberger Programms, das „eine Verbindung von Planung und Wettbewerb“ erstrebt (31). Und außerdem – so von Oertzen – ist eine „Vergesellschaftung aller Produktionsmittel in der vor uns liegenden politischen Arbeitsperiode ganz offenbar weder nötig noch möglich“ (32). Von Oertzen braucht also seine Geschichte von den zehn kleinen Kapitalisten nicht zu Ende zu erzählen, sondern kann irgendwo zwischen 10 und 0 aufhören. Dabei ist das „Irgendwo“ noch besonders zu betonen, denn auch über das „Wo“ macht er sich herzlich wenig Gedanken, das in der Diskussion über die sogenannte Minimalchwelle bei Theoretikern wie etwa Boccara u. a. immerhin eine große Rolle spielt.

4. *Von Oertzens Begriff vom Proletariat*

Über die ganzen 43 Seiten der Thesen verstreut, finden sich immer wieder mit ziemlicher Selbstverständlichkeit auch die Begriffe „Proletariat“, „Arbeiterklasse“, „Klassengesellschaft“. Wenn von Oertzen erläutert, was er darunter versteht, scheut er sich wiederum nicht, tief in das Schatzkästlein seiner gesammelten Marxzitate zu greifen.

Es besteht für ihn kein Zweifel, daß – „marxistisch gesprochen“, wie er nicht ohne Koketterie anmerkt – „alle alten Zivilisationen . . . Klassengesellschaften (waren)“ und daß der „Widerspruch von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der wirklichen Geschichte als Gegensatz in Erscheinung (tritt)“ (33).

Aber bereits hier, in der Beschreibung der Klassengesellschaft „der alten Zivilisationen“ und in spezifischer Absetzung davon, der kapitalistischen Klassengesellschaft, wird ein merkwürdiger Akzent sichtbar, der andeutet, worauf von Oertzen später hinaus will. In den „alten Zivilisationen“ ist das empörend Ungerechte, daß aufgrund des geringen Entwicklungsstandes der Produktivkräfte die Ausgebeuteten „am Wohlstand . . . der privilegierten Minorität . . . keinen Anteil (hatten)“. Die Ungerechtigkeit, „das besonders Anstoßerregende“ in der kapitalistischen Gesellschaft liegt darin, daß durch die industrielle Revolution die Produktivkräfte so weit

31 ebd., S. 23

32 ebd., S. 33

33 ebd., S. 9

entwickelt wurden, daß „Ausbeutung, Unfreiheit und Unmündigkeit . . . heute in den industriell fortgeschrittenen Ländern überflüssig geworden (sind)“. Aber immer noch verfügt eine „kleine Minderheit“ über die rasch wachsenden Reichtümer der kapitalistischen Gesellschaft (34).

Der Akzent liegt jeweils auf der Ungerechtigkeit der Verteilung des Wohlstandes, der Reichtümer. Bei allem marxistischen Zitatenschmuck lugt hier bereits die alte reformistische Illusion hervor, daß alle durch die kapitalistische Gesellschaft entstandenen Probleme eine Frage des angemessenen, gerechten Anteils für die Arbeiterklasse sei, der ihr vorenthalten wird. Es gilt, Mittel und Wege zu finden – und der Stand der Produktivkräfte läßt es anders als im Feudalismus endlich zu – diesen Anteil mählich zu vergrößern, bis er gerecht genannt werden kann. Wenn wir uns an späterer Stelle von Oertzens Begriff vom bürgerlichen Staat zuwenden, werden wir sehen, daß er wie alle Reformisten auch da schon Rat weiß.

Sein Begriff aber vom Proletariat erleichtert es ihm, dieser Vorstellung von der ungerechten Verteilung neue Nahrung zu geben. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen, natürlich meinen auch wir, daß die Verteilung empörend und anstoßerregend ist. Es bleibt aber festzuhalten, daß durch den Versuch, die Verteilung gerechter zu gestalten, nur an Symptomen laboriert wird; die Ursachen dieser Ungerechtigkeit sind ganz woanders zu finden, nämlich an dem Ort, wo die Reichtümer produziert und nicht dort, wo sie verteilt werden. Die Form der Verteilung ist von der Form der Produktion nicht zu trennen.

Entsprechend seiner Vorstellung stehen die Klassen sich auch nicht in erster Linie im Produktionsbereich gegenüber. Die Klassenherrschaft dient einer Minderheit dazu, die Ungerechtigkeit der Verteilung des Reichtums aufrechtzuerhalten und die Klassenkämpfe – nur in diesem Zusammenhang erwähnt er dieses Wort – dienen von Seiten des Proletariats dem Versuch, dieser Ungerechtigkeit zu begegnen. Es wird kein Wort darüber verloren, daß die Klassenherrschaft den Besitz an Produktionsmitteln in den Händen des Kapitals ebenso garantieren soll wie die Bedingungen, unter denen die Nichtbesitzer an Produktionsmitteln ihre Arbeitskraft zu verkaufen gezwungen sind und daß von daher die Klassenherrschaft auch die Orientierung der Produktion am Profit und nicht an den Bedürfnissen der ganzen Gesellschaft garantiert, der Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie also im Rahmen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse unaufhebbar bleibt.

Gerade diese Vorstellung einer möglichen Aufhebung des Klassengegengesatzes bereits in der kapitalistischen Gesellschaft versucht von Oertzen mit seinem Begriff von Arbeiterklasse zu erwecken. Wohl sieht er einen Gegensatz zwischen Arbeiterklasse und Bürgertum, er ist aber durch das Ausmaß an Ungerechtigkeit hervorgerufen, die angesichts einer möglichen „Ökonomie des Überflusses“ nicht mehr notwendig ist.

Von Oertzen braucht dann nur noch nachzuweisen suchen, daß die kapitalistische Gesellschaft noch zu ungeahnten Leistungen fähig ist (35), die ungerechte Verteilung vom bösen Willen der Unternehmer abhängt, die durch sanften Druck

34 ebd., S. 10

35 ebd., S. 38

vom sozialdemokratisch regierten Staat eines Besseren belehrt werden könnten und der unaufhebbare Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital löst sich auf in eine Runde von Sozialpartnern, die bei der Verteilung des Kuchens halbe-halbe machen.

Sein Begriff vom Proletariat wird auch deutlich, wenn er die Möglichkeit erörtert, wie die immerhin von ihm konstatierte Klassengesellschaft aufzuheben sei und in diesem Zusammenhang prinzipiell die Diktatur des Proletariats als mit der Idee des Sozialismus unvereinbar ablehnt. Dabei bastelt er sich – frei nach Lenin – einen Begriff von Diktatur des Proletariats zusammen, den er in der Tat voller Abscheu zurückweisen kann. Trotz seiner Belesenheit übersieht er mit Bedacht, daß auch Marx diesen Begriff kennt, der ihn bewußt in Gegensatz setzt zu der auch in der bürgerlich-demokratischen Republik nach Marx stets präsenten Diktatur der Bourgeoisie. Sie zeigt sich am Ort der direkten Konfrontation zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie, im Betrieb, als direkte Despotie der Unternehmer über ihre Arbeiter und sie wird auch im politischen Bereich mittelbar offenbar (36). Obwohl von Oertzen es sicher besser weiß, kann er diese Marxsche Vorstellung nicht mit einbeziehen, da sie mit seinen von allen Bezügen zur sie bestimmenden kapitalistischen Gesellschaft losgelösten Auffassung von der parlamentarischen Demokratie in Konflikt geriete. Stattdessen beruft er sich – wie viele andere reformistische Sozialdemokraten vor ihm auch – auf Rosa Luxemburg, um die Diktatur des Proletariats als mit seiner sozialistischen Demokratie unvereinbar zu erklären. In diesem Zusammenhang bleibt es nicht, wie sonst bei seiner Berufung auf Marx, beim „objektiven Mumpitz“ (von Oertzen), sondern er verfälscht Rosa Luxemburg offenbar vorsätzlich.

Bei dem Versuch, den Begriff „Diktatur des Proletariats“ gegen den Begriff „sozialistische Demokratie“ auszuspielen, wird ein weiteres Mal der sicher richtige Satz von Rosa Luxemburg, „Freiheit ist immer nur Freiheit des Andersdenkenden“, aus dem Zusammenhang der Darstellung bei Rosa Luxemburg gerissen und mißbräuchlich zur Rechtfertigung der eigenen unzureichenden Argumentation verwandt. Von Oertzen überliest bewußt die nur wenige Seiten später folgenden Sätze, in denen Rosa Luxemburg den Inhalt ihrer Kritik an Lenin zusammenfaßt. Sie schreibt:

„Der Grundfehler der Lenin-Trotzkischen Theorie ist eben der, daß sie die Diktatur, genau wie Kautsky, der Demokratie entgegenstellen“ (37).

Aus dem gleichen Absatz bringt auch von Oertzen ein langes Zitat von Rosa Luxemburg, um mit Recht die Notwendigkeit der sozialistischen Demokratie zu betonen. Hier wird die Fälschung offenbar. Von Oertzen läßt sein Zitat, mit dem er gegen den Begriff der Diktatur des Proletariats polemisiert, mit dem Satz enden: „Sozialistische Demokratie beginnt zugleich mit dem Abbau der Klassenherrschaft.“ Der Absatz im Kontext der Darstellung von Rosa Luxemburg weist nur noch zwei kurze

36 Vgl. auch Marxens Hinweis auf eine „politische Übergangsperiode, deren Staat nichts anderes sein kann als die revolutionäre Diktatur des Proletariats“, in seiner „Kritik des Gothaer Programms“, in: MEW 19, S. 28

37 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, in: a. a. O., III, S. 138

Sätze auf, aber sie darf von Oertzen nicht zitieren, ohne sich selbst ad absurdum zu führen. Sie lauten: „Sie (die sozialistische Demokratie) beginnt mit dem Moment der Machteroberung durch die sozialistische Partei. Sie ist nichts anderes als Diktatur des Proletariats.“

Und Rosa Luxemburg fährt fort: „Jawohl: Diktatur! Aber diese Diktatur besteht in der Art der Verwendung der Demokratie, nicht in ihrer Abschaffung, in energischen, entschlossenen Eingriffen in die wohlverwobenen Rechte und wirtschaftlichen Verhältnisse der bürgerlichen Gesellschaft, ohne welche sich die sozialistische Umwälzung nicht verwirklichen läßt. Aber diese Diktatur muß das Werk der Klasse, und nicht einer kleinen führenden Minderheit im Namen der Klasse sein, d. h. sie muß auf Schritt und Tritt aus der aktiven Teilnahme der Massen hervorgehen, unter ihrer unmittelbaren Beeinflussung stehen, der Kontrolle der gesamten Öffentlichkeit unterstehen, aus der wachsenden politischen Schulung der Volksmassen hervorgehen“ (38).

Hier kommt die Differenz Rosa Luxemburgs zu Lenin zum Ausdruck, die nicht genug betont werden kann, aber nicht minder die Differenz zu Reformisten vom Schlage Oertzens, seit Bernsteins Zeiten (39).

Nun mögen angesichts des Spektrums der Linken in der Bundesrepublik Sozialisten guten Grund haben, die Notwendigkeit einer sozialistischen Demokratie zu betonen (40). Aber wenn von Oertzen dies abstrakt hervorhebt, indem er die demokratischen Freiheiten in der *bürgerlichen* Demokratie – und nur eine solche ist es, das bestreitet auch Oertzen nicht – lediglich durch „reaktionäre Einengung“ gefährdet sieht, sie aber nicht historisch einordnet in den gesellschaftlichen Zusammenhang bürgerlicher Herrschaftsausübung überhaupt, fällt er trotz aller gegenteiligen Erfahrungen aus der Geschichte wiederum der reformistischen Illusion zum Opfer, daß die Formen bürgerlicher Herrschaft in Wahrheit neutral seien und durch wachsende Einflußnahme der Arbeiterklasse zu den ihren gemacht werden könnten, bevor die Gesellschaftsordnung, aus der diese Formen hervorgegangen sind und von der sie bestimmt werden, grundlegend verändert wurde.

Wenn wir hier noch einmal ein Zitat von Rosa Luxemburg anschließen, dann nicht allein, weil dies ein zusätzlicher Beleg für die mißbräuchliche Verwendung ihres Namens durch von Oertzen ist – denn nur der letzte Satz wird auch bei von Oertzen zitiert, nicht jedoch die vorhergehenden Sätze –, sondern auch weil wir meinen, daß bereits Rosa Luxemburg kurz und knapp formuliert hat, was dieser oben benannten reformistischen Illusion zu erwidern ist. Rosa Luxemburg schreibt:

38 ebd., S. 139

39 Damit ist vor allem die Differenz zur Leninschen Parteikonzeption gemeint, die von Lenin in „Was tun?“ formuliert wurde und wie sie in späterer Zeit von anderen dogmatisch fortgeschrieben wurde, obwohl Lenin gerade in der Revolution von 1917 andere Auffassungen äußerte. Vgl. W. I. Lenin: Was tun?, in: W. I. Lenin, Werke Bd. 5, S. 355–551 und W. I. Lenin: in: Werke, Bd. 24 und Bd. 25

40 Der Begriff „sozialistische Demokratie“ ist von dem Kampfbegriff der 50er Jahre aus der antikommunistischen Mottenkiste zu unterscheiden.

„Wir sind nie Götzendiener der formalen Demokratie gewesen, d. h. nur: wir unterscheiden stets den sozialen Kern von der politischen Form der bürgerlichen Demokratie, wir enthüllen stets den herben Kern der sozialen Ungleichheit und Unfreiheit unter der süßen Schale der formalen Gleichheit und Freiheit – nicht um diese zu verwerfen, sondern um die Arbeiterklasse dazu anzustacheln, sich nicht mit der Schale zu begnügen, vielmehr die politische Macht zu erobern, um sie mit neuem sozialen Inhalt zu füllen. Es ist die historische Aufgabe des Proletariats, wenn es zur Macht gelangt, an Stelle der bürgerlichen Demokratie sozialistische Demokratie zu schaffen, nicht jegliche Demokratie abzuschaffen“ (41).

Aber folgen wir von Oertzen, kommt die Arbeiterklasse gar nicht in die Verlegenheit, die politische Macht ausüben zu wollen. Wiederum weiß von Oertzen diese Weisheit einigen sehr eigen interpretierten Marx-Zitaten zu entnehmen.

In der Reformismus-Debatte zwischen Bernstein und Luxemburg, auf die hier Bezug genommen wurde, wurde die Frage nach der Herausbildung von Elementen sozialistischer Produktionsverhältnisse im Kapitalismus am konkreten Fall des Genossenschaftswesens behandelt; in der späteren Diskussion über Hilferdings Organisierten Kapitalismus an der Tendenz zur Vergesellschaftung der Produktion durch die Konzentration und Zentralisation des Kapitals. Von Oertzen greift diesbezügliche Illusionen seiner Vorgänger nicht auf, begibt sich aber in einem noch zentraleren Punkt noch eklatanter in das Dilemma seiner Vorgänger. Das grundsätzliche Dilemma aller reformistischen Vorstellungen von der Möglichkeit des Entstehens sozialistischer oder quasi-sozialistischer Produktionsverhältnisse innerhalb einer kapitalistischen Ökonomie liegt in der Unfähigkeit, die kapitalistische Produktionsweise als Totalität zu begreifen. Ein solcher Totalitätsbegriff würde die Reformisten zu einer Stellungnahme zwingen, ob die Ausbreitung „sozialistischer“ Elemente die Widersprüche der Kapitalbewegung entweder verschärft oder vorantreibt oder ob diese Elemente sich in die Kapitalbewegung einfügen, von ihr absorbiert oder gar zur Sicherung der Verwertungsbedingungen positiv gewendet werden können. Im ersten Falle wären solche Elemente z. B. Genossenschaftswesen, ausschließlich danach zu bewerten, inwieweit sich die Lage und die Kampfposition der Arbeiter verbessern lasse; im zweiten Falle wäre einzugestehen, daß diese Elemente zur Überwindung des Kapitalismus nichts beitragen, daß also ein Reformismus in den Grenzen der kapitalistischen Produktionsweise angestrebt wird. Von Oertzen begibt sich in dieses Dilemma, indem er als wesentlichstes Element, das schon im Kapitalismus dieselbe Qualität wie in der sozialistischen Produktionsweise erreichen kann, – man staune – die Arbeiterklasse, genauer „die Klasse der Beherrschten“, anführt. Er beruft sich auf Marx, „Elend der Philosophie“:

„Von allen Produktionsinstrumenten ist die größte Produktivkraft die revolutionäre Klasse selbst. Die Organisation der revolutionären Elemente als Klasse setzt die fertige Existenz aller Produktivkräfte voraus, die sich überhaupt im Schoß der alten Gesellschaft entfalten konnten“ (42).

Das heißt: Voraussetzung einer Revolution ist eine gegen die sie unterdrückenden gesellschaftlichen Verhältnisse sich revolutionär organisierende produktive Klasse.

41 Rosa Luxemburg: Die russische Revolution, a. a. O., S. 139

42 MEW 4, S. 181

Und diese Revolution unterscheidet sich gerade von jeder früheren dadurch, daß sie die Klassenherrschaft überhaupt aufhebt:

„Die Bedingung der Befreiung der arbeitenden Klasse ist die Abschaffung jeder Klasse . . .“ (43)

Was macht von Oertzen daraus? Er freut sich, eine „originär Marxsche Bedingung für eine wirkliche Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft“ entdeckt zu haben, und formuliert sie ins Gegenteil um: Voraussetzung ist für ihn, daß die Arbeiterklasse schon im Kapitalismus aufhört, unterdrückte Klasse zu sein, daß sich schon im Kapitalismus eine quasi klassenlose Gesellschaft herstellt:

„In der Klasse der Beherrschten, in der auf die Änderung der bestehenden Gesellschaftsordnung hindrängenden ökonomischen, sozialen und politischen Bewegung, müssen sich alle wirklich schöpferischen Kräfte der Gesellschaft verkörpern; sie müssen die gesamte Gesellschaft durchdringen; sie müssen die produktive Kraft der Gesellschaft – in materieller, organisatorischer, geistiger Hinsicht – wirklich *sein*, wenn sie eine reale Alternative zur kapitalistischen Klassenherrschaft bilden wollen“ (44).

Aber ist solch eine Klasse noch eine „Klasse der Beherrschten“? Offensichtlich nicht. Von Oertzen erklärt, „in bewußter Übertreibung zugespitzt“:

„Hat sie . . . eine Vereinigung der wesentlichen Produktivkräfte in ihren Reihen erreicht, dann verfügt sie bereits über eine solche ökonomische, politische und kulturelle Machtposition, daß sie der ‚revolutionären‘ Verneinung der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr bedarf, sondern ihre graduelle Umwälzung ins Auge fassen kann“ (45).

Also, ohne Übertreibung zugespitzt: Die Arbeiterklasse kann erst revolutionär sein, wenn sie nicht mehr revolutionär zu sein braucht. Oder: Die Klasse der Beherrschten wird sich erst dann befreien können, wenn sie vorher aufgehört hat, die Klasse der Beherrschten zu sein. Auf der Basis solchen Unsinn läßt sich alles beweisen, vor allem auch, daß von Oertzens Reformismus Unsinn ist: Eine Arbeiterklasse, die bereits im Kapitalismus eine derart überragende „ökonomische, politische und kulturelle gesellschaftliche Machtposition“ errungen hätte, brauchte einerseits keinen Anlaß zu sehen, diese für sie ja so überaus förderliche Gesellschaftsordnung des Kapitalismus überhaupt noch infrage zu stellen; andererseits könnte sie es sich auf Grund ihrer überragenden Machtposition ebensogut leisten, den Kapitalismus schlagartig davonzufegen, anstatt sich auf den mühsamen Weg gradueller Reformen einzulassen. Von Oertzen liegt der erste Schluß näher: Ihm geht es um den Beweis der Überflüssigkeit der „revolutionären“ Verneinung“, den er freilich derart rigoros führt, daß er auch die Überflüssigkeit der Abschaffung des Kapitalismus gleich mit beweist. Er hält die kapitalistische Produktionsweise für fähig, nicht nur die Produktivkräfte ohne Verschärfung der Widersprüche fortzuentwickeln, sondern auch die Interessen der Arbeiterklasse umfassend

43 ebd.

44 Thesen, a. a. O., S. 19

45 Thesen, a. a. O., S. 20

zu befriedigen. Die angeblich noch angestrebte „graduelle Umwälzung“ ist nur ein aufgesetztes, verbales Postulat, das mit der „Logik“ der von Oertzenschen Argumentation nicht vereinbar ist. Wir sind wieder bei Bernstein: „Das, was man gemeinhin Endziel des Sozialismus nennt, ist mir nichts, die Bewegung alles“ (46), genauer: einen Schritt hinter Bernstein zurück, da von Oertzen in seinen praktischen Ausführungen zur SPD-Strategie die „Bewegung“ weitaus fester, als Bernstein es tat, auf die Erhaltung aller wesentlichen Elemente der kapitalistischen Produktionsweise festzulegen versucht – wie noch zu zeigen sein wird.

Welche Funktion weist er aber nun der Aktivität der Arbeiterklasse in der bestehenden Gesellschaft zu? Die Frage nach dem ‚revolutionären Subjekt‘ spielt bei von Oertzen nur in der Ablehnung bestimmter Vorstellungen eine Rolle. Sicherlich mit Recht weist er die moralisierenden Theorien über den Verrat der Arbeiteraristokratie als auch die Vorstellung über die Rolle der die Funktion der Arbeiterklasse ersetzenden Randgruppen zurück. Schon in diesem Zusammenhang fällt jedoch eine eigenartige Verschwommenheit auf, wenn er die gesellschaftliche Klasse bestimmt, die eine Veränderung der Gesellschaft herbeiführen soll. Wenn er sonst sich nicht scheute von der Arbeiterklasse zu sprechen, wenn es galt, von früheren Zeiten zu berichten, so schreibt er hier unter Bezug auf die Gegenwart von „allen jenen arbeitenden Menschen – Arbeiter, Angestellte, Beamte, Intellektuelle, Freischaffende –, die die schöpferische Potenz unserer Gesellschaft in einem höchst komplizierten unübersichtlichen arbeitsteiligen Zusammenwirken in sich vereinigten . . .“ (47)

Mit dieser reichlich verwaschenen und altbekannten Formulierung (48) ist es natürlich ein leichtes, der Konsequenz aus dem von ihm ja immerhin, Marx folgend, zugestandenen Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital aus dem Wege zu gehen, die von Marx im Kommunistischen Manifest formuliert wurde:

„Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat“ (49).

Die Verschwommenheit bei der Erörterung des Begriffs Arbeiterklasse wird für von Oertzen notwendig, da er der Arbeiterklasse im Rahmen der von ihm als unabdingbar erachteten Doppelstrategie eine bestimmte Funktion zuweist.

Für von Oertzen ist eine „demokratisch-sozialistische Bewegung . . . nur als eine kombinierte Aktion von politischer Partei, Gewerkschaften, gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen, wissenschaftlichen Zentren und Intellektuellengruppen, Bürgerinitiativen, von politisch – parlamentarischen und ökonomisch – betrieblichen, von auf den Reproduktionsbereich bezogenen und rein theoretisch-intellektuellen

46 E. Bernstein, a. a. O., S. 169

47 Thesen, a. a. O., S. 20

48 „Altbekannt“ deshalb, weil das beziehungslose Nebeneinander von „arbeitenden Menschen“ ein altbekanntes Syndrom reformistischer Ideologie ist. Vgl. dazu W. Müller: Der Pluralismus – die Staatstheorie des Reformismus, in: Klassenjustiz und Pluralismus, Festschrift für E. Fraenkel, hrsg. v. G. Doeker/W. Steffani, Hamburg 1973, S. 395–424

49 MEW 4, S. 463

ellen Aktivitäten möglich“ (50).

Unter vielen vorstellbaren gesellschaftlichen Aktivitäten also ist der Kampf der Arbeiterklasse – verklausuliert erwähnt unter den Begriffen „ökonomisch-betriebliche“ und „auf den Reproduktionsbereich bezogene . . . Aktivitäten“ – eine von vielen Möglichkeiten, eine sozialistische Bewegung voranzutreiben. In diesem Zusammenhang greift von Oertzen die sicherlich sehr wichtige Frage auf, wie erreicht werden kann, daß die zur Veränderung der bestehenden Gesellschaft aufgerufene Klasse zum Bewußtsein der Notwendigkeit einer Veränderung kommen kann und beantwortet die Frage mit der Formulierung einer notwendig zu praktizierenden Doppelstrategie:

„Nur wenn Sozialisten innerhalb und außerhalb von Partei und Parlament, von Regierung und Verwaltung arbeiten, wenn sie die Reformen nicht nur von oben durch gesetzliche Veränderung, sondern auch von unten – an der ‚Basis‘ – durch Mobilisierung der Bevölkerung verankern, kann die Gesellschaft wirkungsvoll und dauerhaft demokratisiert werden“ (51).

Mit diesem Satz wird deutlich, warum von Oertzen eigentlich ohne große Schwierigkeit die sozialdemokratische Führung auffordern kann, endlich die Notwendigkeit einer Doppelstrategie anzuerkennen, ist sie doch für von Oertzen nicht mehr als eine Absicherung der Politik der Partei in den Massen. Von einem von der ‚Basis‘ her wirksam werdenden Einfluß auf die Politik der Partei, von der Notwendigkeit, die Politik der Partei von der Entwicklung der Kämpfe an der Basis her und den sich artikulierenden Interessen und Bedürfnissen jeweils neu zu bestimmen, ist nicht die Rede. Kein Wunder daher auch, daß der Kampf der Arbeiterklasse auf betrieblicher und überbetrieblicher Ebene ebenfalls nur – unter dem Schlagwort „Mobilisierung der Bevölkerung“ – genutzt werden soll, die „Politik sozialistischer Strukturreform“ als „das einzige strategische Konzept“, das das „beziehungslose Nebeneinander von Sonntags-Theorie und Alltagspraxis“ aufheben kann, das von linken Parteitheoretikern am grünen Tisch entworfen wurde, in der „Bevölkerung“ zu popularisieren (52).

Der Kampf der Arbeiterklasse wird funktionalisiert im Interesse der Politik der Partei; die Kritik von Oertzens an einigen selbsternannten Avantgarden, sie funktionalisierten die Arbeiterklasse, fällt auf ihn selbst zurück.

5. *Von Oertzens Begriff vom Staat*

Ein weiterer „Irrtum“, den von Oertzen richtigstellen will, widerfährt den sozialistischen Theoretikern bei der Einschätzung des „bürgerlichen Staates“. Er wird, wie von Oertzen schreibt, „nicht selten verdinglicht und theoretisch aus dem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang herausgelöst“ (53). Die Richtigstellung erfolgt

50 Thesen, a. a. O., S. 21

51 ebd.

52 ebd.

53 ebd., S. 17

wiederum mit der von Oertzen eigenen Methode: Er baut einen Popanz auf erschlägt diesen mit ein/zwei Sätzen und geht dann zu seiner Tagesordnung über. Zur angeblich falschen Einschätzung des bürgerlichen Staates schreibt er:

„Es mag eine offene historische Streitfrage bleiben, ob der Staat, verstanden als ein bloßes Unterdrückungsinstrument der herrschenden bürgerlichen Klassen gegenüber der Arbeiterklasse jemals im Früh- oder frühen Hochkapitalismus existiert hat; für die parlamentarisch-demokratisch regierte industriell hochentwickelte spätkapitalistische Gesellschaft trifft dieses Bild nicht zu“ (54).

Hier muß zunächst festgehalten werden, daß die Marxsche Analyse der kapitalistischen Gesellschaft gerade die *ökonomisch vermittelte* Herrschaft einer Klasse über eine andere im Kapitalismus aufdeckt; daß nämlich der Tausch von Waren in der Zirkulationssphäre sich dann qualitativ anders darstellt, wenn dieser Tausch den Tausch von Lohnarbeit und Kapital einschließt und somit den Ausbeutungsprozeß in der Produktionssphäre einleitet. In diesem Kontext muß auch die Funktion des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft gesehen werden. Wie Blanke, Kastendiek und Jürgens in ihrer Analyse des Staates (55) darlegen, ist die relative Autonomie des Staates gegenüber der Gesellschaft (also die reale Basis reformistischer Illusionen) gerade die notwendige Bedingung, daß sich der Staat in seinen Funktionen als Klassengewalt geltend machen kann: Insofern er die Voraussetzungen des Warenaustauschs (das Privateigentum) und die Bedingungen des Tauschs – versehen mit den Mitteln äußerer Sanktionsgewalt – den Teilnehmern an der Zirkulation gegenüber garantiert (also auch gegenüber den Kapitalisten!), kann er diese Funktionen nur dann adäquat ausüben, wenn er sich den Austauschenden gegenüber äußerlich verhält. Eine solche Garantie schließt aber dann die Durchsetzung von Klassenherrschaft ein, wenn Eigentum gleich Kapitaleigentum und wenn daher der Austausch nicht nur einfache Warenzirkulation, sondern *wesentlich Austausch von Arbeitskraft und Kapital* ist und damit dieser Austausch die Ausbeutung in der Produktion einleitet bzw. reproduziert. Aus dieser ja wohl auch im Spätkapitalismus geltenden Bestimmung der Staatsfunktion ist aber auch die Repressionsfunktion des Staates abzuleiten, die nichts anderes darstellt als die Manifestation äußerer Sanktionsgewalt zum Zwecke der Durchsetzung dieser Garantie. *Klassenkämpfe* (auch in ihren unentwickelten Formen) sind aber eine potenzielle Bedrohung des Kapitaleigentums und der Übergang von der parlamentarisch-demokratischen Herrschaftsform der Bourgeoisie zur terroristischen Niederhaltung der Arbeiterklasse im Faschismus (gerade als Folge von ökonomischen Bedingungen der Überakkumulation von Kapital und der damit entwickelten ökonomischen und sozialen Krisen, wie sie für die *entwickelten („spät“-)kapitalistischen* Länder symptomatisch sind), ist keine Erfindung dogmatischer Marxisten, sondern blutige Realität (wie die bitteren Erfahrungen der Arbeiterklasse im Faschismus zeigen!). In der terroristischen Manifestation der bürgerlichen Klassenherrschaft nun aber allein den Staat als Klassenstaat festzu-

54 ebd.

55 Vgl. B. Blanke, H. Kastendiek, U. Jürgens: Zur neueren marxistischen Diskussion über die Analyse von Form und Funktion des bürgerlichen Staates, in dieser Ausgabe der PROKLA

machen, ist – wie gezeigt – nicht nur falsch, sondern auch Projektion der reformistischen Staatsvorstellung von einem „neutralen“ Staat.

Die *Trennung* der kapitalistischen Totalität in einen Bereich des Staates und einen der Ökonomie und die Wiederezusammenführung dieser beiden Bereiche in einem äußerlichen Verhältnis zueinander durch von Oertzen führt dazu, daß auch der Inhalt der staatlichen Handlung nurmehr durch äußere Beziehungen des Staates zur Gesellschaft entwickelt werden kann, sei es, daß der Staat von Agenten der herrschenden Klasse beherrscht wird, die ihre Interessen mittels des Staates durchzusetzen versuchen, sei es, daß der Staat über die Einflußnahme der (reformistischen) Partei für deren Zwecke vereinnahmt wird. Die Affinität zu Habermas und Offe, die gleichermaßen – wenn auch wissenschaftlich anspruchsvoller – eine solche behauptete Trennung zum Ausgangspunkt ihrer theoretischen Überlegungen nehmen, ist unübersehbar (56). Es ist daher kein Zufall, wenn sich von Oertzen bei der Charakterisierung der „Funktionsweise des kapitalistischen Staates“ auf Habermas beruft, allerdings auch ihn – so kritikwürdig auch dessen Vorstellungen sind – in platter Weise mißverstehend.

Aus der Habermas'schen Herleitung einer „begrenzten Planungskapazität“ des Staates (57), auf der Grundlage eines „Klassenkompromisses“, der notwendig ist, um die Massenloyalität zu sichern, begründet von Oertzen eine „relative Unabhängigkeit“ des Staates, „die auch im Interesse der Gesamtgesellschaft und gegen das Interesse der Kapitaleigner genutzt werden kann“. Daraus wiederum könne die Möglichkeit entstehen, diese „begrenzte Planungskapazität“ zu erweitern, d. h. den Klassenkompromiss zugunsten der beherrschten Klasse zu verändern. Allerdings, so fügt von Oertzen hinzu – und sich hier schon ad absurdum führend –, darf diese Möglichkeit nur genutzt werden, „ohne . . . den Akkumulationsprozeß zu beeinträchtigen“. Konsequenz aus dieser Einschätzung des Staates ist für von Oertzen:

„Die sozialistische Bewegung darf den Staat nicht bloß bekämpfen, sie muß ihn erobern; sie kann den Staatsapparat nicht ‚zerbrechen‘ (wie Marx es meinte), denn sie braucht ihn und muß ihn benutzen, sie kann ihn nur kontrollieren und schrittweise demokratisch verändern“ (58).

Auch diese so schön formulierte Konsequenz ist, wie vieles bei von Oertzen, bereits in sich widersprüchlich, denn zwischen „erobern“ und „kontrollieren und schrittweise demokratisch verändern“ besteht doch wohl ein kleiner Unterschied.

Aber bereits die Art, wie von Oertzen Habermas mißversteht, zeigt, wie von Oertzen erneut auf eine Vorstellung vom ‚neutralen Staat‘ hinaus will. Da er sich – als Marxist, der er sein will – schlecht auf die Vorstellung vom Staat, wie sie von den Wirtschaftsdemokraten der Weimarer Zeit formuliert wurde, berufen kann, zumal sie doch schon recht eindeutig kritisiert wurden, bemüht er die Habermas'sche Sicht des Spätkapitalismus, um auf einem Umweg mehr zum gleichen Staatsbegriff

56 Vgl. J. Habermas: *Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus*, Frankfurt 1973, und C. Offe: *Strukturprobleme des kapitalistischen Staates*, Frankfurt 1972. Zu Offe vgl. die sehr gute Kritik von Manfred Deutschmann: *Die systemtheoretische Entproblematisierung der marxistischen Gesellschaftstheorie*, in: *Mehrwert* 6 (1974), S. 81–104

57 Vgl. J. Habermas, a. a. O., S. 87 f.

58 Thesen, a. a. O., S. 19

zu kommen. Dabei muß er allerdings auch Habermas bereits einen ziemlichen Tort antun, um die „relative Unabhängigkeit“ des Staates zu begründen. Von Oertzen setzt den Begriff einer „begrenzten Planungskapazität“ des Staates gleich mit dem Erreichen einer relativen Unabhängigkeit des Staates, obwohl Habermas auch in dem von von Oertzen zitierten Zusammenhang ausdrücklich darauf hinweist, daß diese begrenzte Planungskapazität „im Rahmen der formaldemokratischen Beschaffung von Legitimation für Zwecke reaktiver Krisenvermeidung genutzt werden“ soll (59).

Wenn von Oertzen aber die Hoffnung ausspricht, daß diese begrenzte Planungskapazität erweitert werden kann, die relative Unabhängigkeit also schließlich zu einer tatsächlichen Unabhängigkeit des Staates werden kann, verläßt er vollends den Boden des bereits kritikwürdigen Habermas'schen Argumentationsstranges. Denn die Habermas'sche Beweisführung läuft ja gerade darauf hinaus, daß der Staat zwei Aufgaben gleichzeitig und gleichgewichtig erfüllen muß. Er muß eine „administrative Rationalität“, die die möglichst störungsfreie Kapitalakkumulation garantiert, einhalten und er muß dem die Massenloyalität sichernden Legitimationsdruck nachkommen. Wird die Balance zwischen beiden verletzt, wie von Oertzen es mit einer Veränderung des „Klassenkompromisses zugunsten der beherrschten Klassen“ anstrebt, so wird der Akkumulationsprozeß beeinträchtigt, was von Oertzen wiederum auch nicht will.

Die Vorstellung, der Staat, sei er auch von der SPD regiert, könne seinen Handlungsraum nutzen, um allmählich eine sozialistische Gesellschaft herbeizuführen, ist der Habermas'schen Argumentation zur Legitimationskrise völlig fremd: An keiner Stelle des von von Oertzen zitierten Bandes finden sich Belege für diese Interpretation. Genau dies aber liest von Oertzen aus Habermas heraus: Da der Staat eben als besondere Institution eine „relative Unabhängigkeit“ habe, müsse es „auch möglich sein, diese ‚begrenzte Planungskapazität‘ zu erweitern, d. h. den Klassenkompromiß zu Gunsten der beherrschten Klassen zu verändern“ (60). Von Oertzen schließt also aus Habermas, daß die Planungskapazität des Staates unbegrenzt sei, obwohl Habermas viel Mühe darauf verwendet hat zu zeigen, daß sie begrenzt sein muß.

Um die Ungereimtheit auf die Spitze zu treiben, nennt von Oertzen im nächsten Satz wieder die Grenzen der erweiterungsfähigen Staatskapazität: „Hauptproblem des Staates dabei ist, seine Aufgaben zu erfüllen, ohne . . . den Akkumulationsprozeß zu beeinträchtigen . . .“ (61). Halten wir also fest, daß nach von Oertzen eine sozialistische Gesellschaftsordnung vom Staat durch graduelle Einschränkung der Verwertungssphäre des Kapitals herbeigeführt werden soll, wobei aber der Akkumulationsprozeß desselben Kapitals nicht beeinträchtigt werden darf.

Was einer sozialdemokratisch geführten Regierung bleibt, folgte sie von Oertzens Wunschvorstellungen, ist daher nicht die Chance „der Eroberung“, sondern nur die Möglichkeit, den in Phasen der Konjunktur weiteren Spielraum

59 J. Habermas, a. a. O., S. 87

60 Thesen, a. a. O., S. 19

61 ebd.

zwischen „administrativer Rationalität“ und „Legitimationsdruck“ in größerer Weise zu nutzen, als eine rein bürgerlich geführte Regierung es täte.

Die Möglichkeit ist für die Verbesserung der Situation der Arbeiterklasse nicht gering zu achten, paart sich die Ausnutzung dieser Möglichkeit aber mit der Verbreitung der Illusion, dies sei schon Teil der Eroberung der politischen Macht, wie von Oertzen es tut, ist das nicht, wie es jede Stärkung der Kampfkraft der Arbeiterklasse wäre, ein Schritt vorwärts, sondern ein Schritt zurück. Wer das aber behauptet und damit glaubt, daß es so, wie von Oertzen es behauptet, funktioniert, ist nach von Oertzen ein „Dogmatiker“, ein „orthodox-marxistischer Ökonom“ (62), mindestens einer, der „eine falsche Alternative von ‚Reform‘ und ‚Revolution‘ aufbaut“. Von Oertzen:

„Ob das Unternehmen einer sozialistische Reformpolitik in der Wirklichkeit durch ‚Kapitalflucht, Investitionsstreiks, Massenentlassungen, Währungsspekulationen, galoppierende Inflation usw. in großem Stil‘ sabotiert werden würde, ist eine ausschließlich durch die praktische Erfahrung zu beantwortende Frage. Theoretisch ist dieses Ergebnis nicht zwingend notwendig“ (63).

Das Kernstück der von Oertzenschen Grundlegung des Reformgradualismus ist zweifellos die bereits diskutierte These von der allmählichen Ausdehnbarkeit der staatlichen bzw. gesellschaftlichen Planungs- und Lenkungs-kapazität (64) (65), um so schließlich „den Klassenkompromiß zu Gunsten der beherrschten Klasse zu verändern“ (66). Das ist in der Tat ein von illusionärem Beiwerk früherer Ansätze freier Reformismus: die Vorstellung, durch kontinuierliche Ausweitung des staatlichen Handlungsraumes eine sozialistische Gesellschaft herbeiführen zu können. Von Oertzen setzt nicht mehr, wie Bernstein, Hoffnungen auf den naturwüchsigen Ausbau des Sektors genossenschaftlicher Produktion (67); er knüpft auch nicht an Bernsteins Illusionen über den die Kapitalkonzentration konterkarierenden Aufschwung der Mittelbetriebe und das Verschwinden der Krisenhaftigkeit des Kapitalismus (68) an.

Ebenso unterscheidet sich von Oertzen von Hilferdings, ökonomisch genau umgekehrt wie bei Bernstein, nämlich mit der Monopolisierung des Kapitals begründetem Reformismus, obwohl der Hilferdingsche Etatismus – „Die Gesellschaft hat kein anderes Organ, durch das sie bewußt handeln kann, als den Staat“ (69) – dem Oertzenschen nahezukommen scheint. Während Hilferding aber den Konzentrations- und Zentralisationsprozeß als tendenzielle Selbstabschaffung des Kapitalismus interpretiert – „Organisierter Kapitalismus bedeutet also in Wirklichkeit den prinzipiellen Ersatz des kapitalistischen Prinzips der freien Konkurrenz durch das

62 ebd., S. 17

63 ebd. (von Oertzen zitiert E. Mandel)

64 ebd.

65 Vgl. weiter oben

66 Thesen, a. a. O., S. 17

67 Vgl. E. Bernstein, a. a. O., S. 94 ff.

68 Vgl. ebd., S. 66 ff.

69 R. Hilferding: Organisierter Kapitalismus. Rede auf dem Parteitag der SPD in Kiel 1927 (Reprint), o. O., o. J., S. 171

sozialistische Prinzip planmäßiger Produktion“ (70) —, so daß dem Staat die Aufgabe der bewußten Leitung der Gesamtwirtschaft entwicklungsnotwendig zufallen muß, werden bei von Oertzen der Bereich staatlicher Planung und Lenkung einerseits, der Bereich der Kapitalverwertung andererseits, als zwei durchaus getrennte, nach unterschiedlichen Prinzipien funktionierende Sphären verstanden, deren gegenseitiges Verhältnis sich in Formen des Einflusses und des Eingriffs ausdrückt.

Von Oertzen knüpft nun an den Staat zwei Erwartungen:

- er soll fähig sein, die Folgen der von ihm prinzipiell nicht gelegneten, anarchischen Tendenzen der Kapitalverwertung auszuschalten oder zu mildern;
- er soll fähig sein, den Verwertungsbereich insgesamt ständig einzugrenzen und zu verkleinern — ein Prozeß, dessen Ziel es ist, „durch eine tiefgreifende gesellschaftliche Umwälzung die Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaft aufzuheben und damit zugleich zum ersten Male in der menschlichen Geschichte eine Gesellschaftsordnung der Freiheit und der Gleichheit zu errichten, d. h. Teilung der Gesellschaft in Klassen, die ökonomische, politische und kulturelle Herrschaft einer privilegierten Minderheit über die Mehrheit der Menschen ein für allemal abzuschaffen“ (71).

Von Oertzen vertritt also eine erweiterte Sozialstaatsillusion: Während die erste Aufgabe des Staates, die der Krisenregulierung, sich im wesentlichen auf die Sphäre der Verteilung des Sozialprodukts bezieht, geht die zweite Aufgabe über den traditionellen Rahmen reformistischer Umverteilungs- und Regulierungspolitik insofern hinaus, als sie die Staatstätigkeit nicht eindeutig in den Bereich der Distribution verweist, sondern den Staatsanteil in der Produktionssphäre selber erweitern zu können behauptet, bei gleichzeitiger Zurückdrängung der vom Verwertungsprinzip beherrschten Wirtschaftsbereiche.

Eine Kritik an dieser Konzeption kann es also nicht dabei bewenden lassen, die Illusion von der Selbständigkeit der Distributionssphäre zu destruieren (72), sie muß vielmehr, will sie von Oertzens Konzeption als erweiterte Sozial- und Reformstaatsillusion kennzeichnen, die Vorstellungen von Oertzens und anderer Sozialdemokraten zur Erweiterung der staatlichen Lenkungs-kapazität im Produktionsbereich (z. B. Investitionskontrolle) einerseits gerade als Reflex der Erfahrung des Scheiterns eines rein distributionsbezogenen Reformismus interpretieren, andererseits den Nachweis führen, daß auch — ja erst recht — diese Konzeptionen von einer falschen Analyse der kapitalistischen Reproduktionsbedingungen und der dadurch bestimmten Rolle des Staates ausgehen.

Dieser Nachweis soll im Teil III unserer Darstellung versucht werden. Zuvor wollen wir jedoch noch kurz von Oertzens Vorstellung vom Marxismus einschätzen.

70 ebd., S. 168

71 Thesen, a. a. O., S. 12

72 Vgl. W. Müller/Chr. Neusüß, a. a. O.

6. Von Oertzens Vertröstungstheorie

Von Oertzens Marxismus ist ein „Marxismus“ mit einer allenfalls noch moralischen Kapitalismuskritik und ohne Klassenkampf. Er ist eine nur zum Teil neue Variante des Versuchs, durch Zusammentragen einzelner fehlerinterpretierter Marx-Zitate über Bedingungen sozialer und politischer Revolution, die Voraussetzungen einer Umwälzung so hochzuschrauben, daß sich die Frage einer Revolution unter keinen auch immer denkbaren Bedingungen in „einer hochindustrialisierten kapitalistischen Wirtschaft“ (73) stellen kann.

Schon an dieser Stelle können daher einige Vorüberlegungen darüber angestellt werden, in welchem Maße von Oertzens Marx-Rekurs und seine Fehlerinterpretationen vermessungsfähig sein könnten, indem sie an Elemente auch eines sich aktivierenden Klassenbewußtseins im westdeutschen Proletariat anzuknüpfen vermögen.

Es ist klar, daß die Vorstellungen vom Übergang zu einer „besseren“ Gesellschaftsordnung als langem Prozeß, von der Fähigkeit des Kapitalismus, die Produktivkräfte relativ konfliktfrei weiterzuentwickeln und von der nur langfristig zu überwindenden Unfähigkeit der Arbeiterklasse, die Produktion selber gesellschaftlich zu organisieren, dem Bewußtseinsstand der westdeutschen Arbeiterklasse in der Prosperitätsphase des westdeutschen Kapitalismus bis zur Rezession von 1966/67 weitgehend entsprochen haben. Mindestens die Vorstellung von der konfliktfreien Kapitalakkumulation ist jedoch sowohl durch die Rezession von 1966/67 als auch durch die stagflationen Tendenzen seit 1971 erschüttert worden, und von Oertzens Reformismus liefert keine theoretischen Vermittlungen, die die Aufnahme dieser Erfahrung im Sinne seiner Strategien ermöglichen; vielmehr ignoriert er schlicht die gegenwärtigen Krisentendenzen der kapitalistischen Entwicklung.

Ein indirekter Versuch, die Zweifel an der widerspruchsfreien kapitalistischen Entwicklung aufzufangen, kann aber in von Oertzens Ausweitung des Begriffs der Produktionsverhältnisse auf den gesamten Überbau einschließlich des Staatsapparats gesehen werden: Diese Konstruktion, die von jeder historischen und theoretischen Analyse absieht, ist Teil seiner Immunisierungsstrategie, die ihn vor jeder seine Position infragestellenden Kritik bewahrt. Von Oertzens Versuch kann also zunächst als Bemühung verstanden werden, das Platzen der Illusionen über eine konfliktfrei gerechte ökonomische Entwicklung durch den forcierten Aufbau von Illusionen über die Regulierungskapazitäten und Reformkapazitäten eines – von Sozialdemokraten geleiteten – Staatsapparates zu kompensieren. Wie von Oertzen dies tut, ist im folgenden Abschnitt zu analysieren; dabei ist zugleich zu fragen, inwieweit von Oertzens Interpretation der Rolle des Staates nicht erneut der Erfahrung der Arbeiterklasse und der Gesamtbevölkerung hinterherhinkt – insofern als sie das Scheitern der Reformpolitik der SPD-Regierung an den Bedingungen kapitalistischer Akkumulation nicht mehr zu erklären vermag.

Von Oertzens Griff in den Zettelkasten seiner Marx-Lektüre erweist sich so nicht so sehr als Neubegründung einer reformistischen Theorie – dazu bleiben die

Thesen auch in sich viel zu widersprüchlich –, sondern als den Versuch, die alten reformistischen Vorstellungen dem marxistischen Sprachschatz der heutigen sozialdemokratischen Linken anzupassen ohne die Kluft, die zwischen deren Auffassungen und der Mehrheit der Sozialdemokratie besteht, offenbar werden zu lassen. Dem dient die Uminterpretation des Marxismus zu einer Art „Vertröstungstheorie“. Sie soll der Mehrheit in der SPD erklären, warum es sinnvoll sein kann, trotz einer auch partiell kaum noch reformistisch zu nennenden Parteipolitik eine von Teilen der Partei vertretene reformistische Theorie wegen der sonst gefährdeten Parteieinheit hinzunehmen.

III. Probleme des Reformgradualismus

Würde es ausreichen, sich auf die von Oertzensche Frage nach der empirisch-praktischen Erfahrung einzulassen, so wäre das Problem mit der Gegenfrage erledigt, wo denn schon einmal in der Geschichte der Arbeiterbewegung dieser reformistische Sozialismus, der die Kapitalverwertung ohne Beeinträchtigung der Kapitalakkumulation außer Kraft setzen will, zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung geführt hätte.

Tatsächlich repräsentiert von Oertzen jedoch, auch wenn er sich bei der Begründung seiner Thesen regelmäßig in Widersprüche und Absurditäten versteigt, mit seiner Theorie des staatlich durchgeführten Reformgradualismus eine auch gegen historische Negativerfahrungen relativ resistente Richtung innerhalb der Arbeiterbewegung, die eben diese Resistenz auch daraus bezieht, daß die Grenzen der Handlungs- und Umgestaltungsmöglichkeiten eines reformistisch geleiteten Staatsapparats nur unter besonderen historischen Bedingungen evident werden, während die formaldemokratische Verfassungsordnung ständig die scheinbare Möglichkeit gesellschaftlicher Umgestaltung qua Stimmzettel, Parlamentsmehrheit und Gesetz suggeriert. Deshalb ist es notwendig, von Oertzens theoretisch nicht begründeter Aussage, daß das Scheitern des staatlichen Reformgradualismus „theoretisch . . . nicht zwingend notwendig“ sei, auch theoretisch, d. h. bezogen auf das Verhältnis von Staat und Kapital in der gegenwärtigen Phase kapitalistischer Entwicklung, zu widersprechen.

Zu zeigen ist, daß

- a) eine graduelle Ausgliederung profitabler Produktionszweige oder Einzelbetriebe aus der privaten Kapitalverwertungssphäre die Verwertungsbedingungen der übriggebliebenen Einzelkapitale begrenzen und damit – ohne daß es irgendwelcher subjektivistischen Verschwörungshypothesen bedarf – zu einer Verschärfung der krisenhaften Momente der Kapitalbewegung führen muß;
- b) die Annahme, die Einzelkapitale würden diese staatlichen Maßnahmen ohne politischen Widerstand hinnehmen, auf der Hypothese beruht, das Verhalten der Einzelkapitale sei so stark durch die Konkurrenz gegeneinander bestimmt, daß gemeinsames Handeln als Klasse verunmöglicht werde – eine Annahme, die allen, auch den herkömmlichen Theorien über die Konstitutionsbedingun-

gen des Staates widerspricht und zudem durch die auf nationaler Ebene weit vorangeschrittene Konzentration und Zentralisation der Kapitale noch weiter ad absurdum geführt wird;

- c) sowohl die ökonomischen (a) wie die politischen (b) Folgewirkungen der ersten Schritte zur Einschränkung des Verwertungsbereichs den reformistisch geleiteten Staat entweder zur Rücknahme dieser Schritte oder zu antizipierenden, diese Folgewirkungen von vornherein konterkariierenden Maßnahmen zwingen – also eine rasche sozialistische Umwälzung, mithin das Gegenteil der gradualistischen Strategie, notwendig machen.

Diese drei Momente – die ökonomischen Grenzen, die politischen Widerstände und, als Konsequenz, die praktische Undurchführbarkeit des Reformgradualismus – werden im folgenden nacheinander und separat behandelt. Diese Betrachtungsweise ist fiktiv; sie sieht – zunächst – davon ab, daß in der Realität die ökonomische Reaktion des Kapitals und die politische Reaktion der Kapitalistenklasse niemals getrennt voneinander auftreten, daß die Kapitalistenklasse nach allen historischen Erfahrungen sehr wohl in der Lage ist, ihr ökonomisches Verhalten auch auf Kosten der Interessen einzelner Kapitalfraktionen zu vereinheitlichen, wenn die Eigentums-garantie gefährdet erscheint, daß schließlich Verminderungen der „politischen Stabilität“, wie das Beispiel unterentwickelter Länder zeigt, direkt als Faktoren in die ökonomischen Kalkulationen der Einzelkapitale eingehen.

Wenn dennoch hier zunächst die fiktive Betrachtungsweise der Trennung von ökonomischer und politischer Reaktion gewählt wird, so aus zwei Gründen: Zum einen erlaubt diese Betrachtungsweise eine direkte Widerlegung der von Oertzenschen These, der Erfolg des Gradualismus sei nur eine „empirische Frage“, sein Scheitern sei also jeweils lediglich den Besonderheiten der gegebenen historischen Situation geschuldet. Zum zweiten macht eine gesonderte Betrachtung der in der Kapitalbewegung selber liegenden Schranken für eine gradualistische Strategie der Ausweitung des „öffentlichen Sektors“ deutlich, wo der allen politisch-technokratischen Manipulationen entzogene Kern des Widerstands gegen eine graduelle sozialistische Umwälzung liegt; sie zeigt, daß eine Strategie, die die Widerstandsmöglichkeiten des Kapitals lediglich an der aus ihrer ökonomischen Position abgeleiteten *politischen* Macht der Kapitalistenklasse, der Monopolbourgeoisie etc. festmacht und deshalb bei einer Einschränkung dieser politischen Macht – etwa durch betriebliche und überbetriebliche Mitbestimmung – das Haupthindernis sozialistischer Veränderungen für ausräumbar hält, zu kurz greifen muß.

Zu a): Von Oertzen sagt nirgends in seinen Thesen, auf welche Weise das Gesetz der Kapitalverwertung für bestimmte Schlüsselbereiche außer Kraft gesetzt werden soll. Er nimmt auch nicht Stellung zu den innerhalb der linken Sozialdemokratie seit zwei Jahren diskutierten Forderungen nach staatlicher Investitionskontrolle (74). Er wendet sich vehement gegen die Forderung nach „Vergesellschaftung

74 Vgl. dazu: Investitionskontrolle gegen die Konzerne?, hrsg. v. M. Krüper, Reinbek bei Hamburg 1974. Beschlüsse des O. Bundeskongresses der Jungsozialisten der SPD in München vom 25.–27. 1. 1974, hrsg. v. Bundesvorstand der Jungsozialisten, Bonn 1974. Gewerkschaftliche Monatshefte 12 (1973)

aller Produktionsmittel“, die zwar „an sich und auf das sozialistische Ziel als solches bezogen . . . richtig“, aber „als Punkt eines konkreten, auf die vor uns liegenden politischen Aufgaben bezogenen Programms, unnützlich, ja geradezu schädlich“ sei (74a). Er kritisiert an der Forderung des Juso-Bundesvorstandsmitglieds J. Strasser nach Vergesellschaftung des Finanzsektors und der Schlüsselindustrien, diese Forderung „stellt das Problem nur, löst es aber nicht. Nicht *ob* bestimmte Unternehmen oder Branchen aus dem allgemeinen Prozeß der Kapitalverwertung herausgenommen werden sollen, sondern *wie* das vonstatten gehen kann, ist die entscheidende Frage“. Zur entscheidenden Antwort verweist von Oertzen auf die SPD-Langzeitkommission, der er vorsitzt (74b).

Um von Oertzens These von der Möglichkeit, die private Kapitalverwertungssphäre schrittweise zu beschneiden, ohne den Kapitalakkumulationsprozeß zu beeinträchtigen, prüfen zu können, muß also extrapoliert werden, welche Schritte zur Einschränkung der Verwertungssphäre ihm vorgeschwebt haben könnten. Das ist im Kontext der linkssozialdemokratischen Diskussion der letzten Jahre unschwer möglich.

Auszuscheiden ist die Möglichkeit, es sei nur an das gedacht, was in der SPD-Diskussion unter den Schlagworten „Sozialisierung der Verluste“ und „Verstaatlichung der Entwicklungs- und Folgekosten“ läuft – also die staatliche Übernahme der Produktion von allgemeinen materiellen Produktionsbedingungen, die einerseits für den Fortgang der Kapitalakkumulation benötigt werden, andererseits auf Grund ihres besonderen stofflichen oder ökonomischen Charakters von einem Einzelkapital nicht, nicht mehr oder noch nicht profitabel zu betreiben sind („Infrastruktur“). Auszugehen ist vielmehr davon, daß mit den aus dem Verwertungsprozeß herauszunehmenden Schlüsselbereichen auch profitable Branchen und Unternehmen gemeint sind. Für die Form der Herausnahme werden in der Diskussion der SPD-Linken zwei Methoden vorgeschlagen: die Investitionskontrolle und die Vergesellschaftung. Dabei kann die „indirekte Investitionslenkung“, die lediglich auf eine Verfeinerung des Steuerungs- bzw. Subventionssystems zur Schaffung von Anreizen bzw. Hindernissen für die weiterhin autonomen Unternehmerentscheidungen hinausläuft, von vornherein außer Betracht bleiben (75).

Auch das Konzept der „direkten Investitionskontrolle“, vertreten von Zinn u. a. (76), ändert grundsätzlich nichts an den Eigentums- und Verfügungsrechten der Kapitalisten, sondern sieht lediglich die Genehmigungspflicht durch eine – ähnlich dem Bundeskartellamt konzipierte – Behörde bei Investitionsvorhaben einer bestimmten Höhe und/oder eines bestimmten Typs vor. Da dieses Modell nur Investitionsverbote, keine Investitionsgebote zuläßt, ist eine an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen orientierte Investitionsplanung von vornherein verunmöglich:

74a Thesen, a. a. O., S. 33

74b ebd.

75 Vgl. dazu die Kritik im Beschluß des Juso-Bundeskongresses zur „Demokratisierung der Wirtschaft“, in: Beschlüsse, a. a. O., S. 18 f.

76 Vgl. K. G. Zinn: Investitionskontrollen und -planung, in: Wirtschaftsdienst 6 (1973), S. 301 ff. und M. Krüper: Sektorale und gesamtwirtschaftliche Investitionskontrolle, in: Investitionskontrolle gegen die Konzerne, a. a. O., S. 7–18

Wenn die Unternehmer die von der Behörde gewünschten Investitionen nicht anbieten, sondern stattdessen in noch unkontrollierten Bereichen oder im Ausland investieren, bleibt dem Staatsapparat nur die Möglichkeit, die gewünschten Investitionen entweder durch besondere steuerliche Anreize zu fördern – wie bei der indirekten Investitionslenkung – oder auch ungewünschte Investitionen unter dem Druck des Kapitals zu genehmigen. Faktisch könnte eine Investitionsbehörde zum Katalysator von Absprachen der Großunternehmen über die gemeinsame Abstimmung ihrer Investitionsvolumen und damit zu einem Instrument der Konzentrations- und Kartellierungsförderung werden, womit es aber seine Politik wiederum an den Interessen des Kapitals, nicht an gesamtgesellschaftlichen Bedürfnissen ausrichten würde (77). Selbst die Verfechter der „direkten Investitionskontrolle“ räumen ein, daß die Ziele der Investitionskontrolle flankierende oder gleichzeitige Verstaatlichungsmaßnahmen erfordern können (78). Die Jungsozialisten halten von vornherein „ein System planvoller Investitionslenkung im Interesse der arbeitenden Bevölkerung“ nur in Verbindung mit Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien und des Kreditwesens für wirkungsvoll (79). Aus dieser Diskussion der SPD-Linken ergeben sich zunächst zwei Schlußfolgerungen:

1. Auch eine direkte staatliche Investitionskontrolle wird unwirksam oder kapitalfunktional, wenn sie nicht mit weitergehenden Maßnahmen zur Einschränkung des privaten Kapitalverwertungsbereichs verbunden ist. Diese Einschränkungen sind gerade deshalb nötig, weil anderenfalls der Widerspruch von privater profitorientierter und staatlicher bedarfsorientierter Produktion die von den Theoretikern der „Investitionskontrolle“ selbst intendierte *Ausrichtung der Produktion auf den privaten und öffentlichen Bedarf* zunichte machen würde.

2. Die ökonomischen Reaktionen des Kapitals, auf die eine konsequent durchgeführte direkte Investitionskontrolle stoßen müßte, unterscheiden sich nicht grundsätzlich von denen, die bei einer Bereichsverstaatlichung zu erwarten wären, weil in beiden Fällen die freie Verwertungssphäre des Kapitals eingeschränkt oder mit Einschränkung bedroht wäre.

Wir können im folgenden also davon ausgehen, daß jeder nicht auf die Distributionssphäre beschränkte Reformgradualismus, jeder Versuch, die private Kapitalverwertungssphäre einzuschränken, mit vorher kalkulierbaren ökonomischen Reaktionen des Kapitals zu rechnen hat und ohne Maßnahmen zur Verstaatlichung/Vergesellschaftung auch profitabler Unternehmen auch in seiner ersten Phase nicht auskommen kann.

Für die Verstaatlichung profitabler Produktionszweige oder -betriebe gibt es in der 25jährigen Geschichte der BRD kein einziges Beispiel; im Gegenteil schreibt für die Kommunen, die den größten Teil der staatlichen Produktionsbetriebe besit-

77 Vgl. den Bericht von Krüper über „Sektorale Investitionskontrolle in der Aluminium- und Chemiefaserindustrie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 12 (1973), S. 774–780

78 Vgl. G. A. Zinn, in: Investitionskontrolle gegen die Konzerne, a. a. O., S. 19 und S. 136

79 Vgl. Beschlüsse, a. a. O., S. 18

zen, die Deutsche Gemeindeordnung (80) sogar ausdrücklich vor, daß kommunale Unternehmen nur dann errichtet werden dürfen, wenn der Zweck nicht ebenso gut und wirtschaftlich durch Privatunternehmen erreicht werden kann. In anderen kapitalistischen Ländern sind auf Grund der besonderen politisch-historischen Bedingungen vor allem in der Nachkriegszeit auch profitable Unternehmen verstaatlicht worden und bis heute in Staatseigentum geblieben (z. B. in Österreich die Grundstoffindustrien als Folge der sowjetischen Besatzung, in Frankreich u. a. die Renault-Werke als Folge der Enteignung von Kollaborateuren des Faschismus).

Diese Sonderfälle exemplifizieren freilich nur das grundlegende Dilemma eines Weges zum Sozialismus qua gradueller Verstaatlichung: Der Staat wird durch die Übernahme profitabler Unternehmungen entweder selbst zum Einzelkapitalisten, der den Verwertungszwängen des Kapitalismus ebenso unterliegt wie die mit ihm konkurrierenden privaten Einzelkapitale – die Verwertungssphäre wird also nicht eingeschränkt; oder der Staat versucht, rentable Unternehmen aus der Verwertungs- und Konkurrenzsphäre herauszunehmen und ruft damit krisenhafte Prozesse und Begleiterscheinungen hervor.

Im Normalfall ist sogar eine Kumulation beider Negativwirkungen – gemessen an dem Ziel der sozialistischen Umgestaltung – durch graduelle Verstaatlichung zu erwarten: Ein staatlicher Automobilkonzern z. B. (s. Renault, Alfa-Romeo, VW mit einem Staatsanteil von 40 %) ist erstens auf Grund der Konkurrenz gezwungen, sich wie jedes andere Einzelkapital zu verhalten – also die Ausbeutung seiner Arbeiter mit allen Mitteln zu verschärfen und gleichzeitig die Produktion profitorientiert zu betreiben, nicht an gesellschaftlichen Bedürfnissen auszurichten –; zweitens werden durch den Ausschluß des anlagesuchenden Privatkapitals von den staatskapitalistischen Betrieben dessen Verwertungsschwierigkeiten noch verschärft – es sei denn, profitable Staatsunternehmen würden, wie in der BRD VW und Preußag, voll oder teilweise „reprivatisiert“, also dem Kapital wieder als Anlagechancen angeboten (81).

Der Grund für das Dilemma des Verstaatlichungs-Gradualismus liegt darin, daß unter kapitalistischen Bedingungen jede Ausweitung des staatlichen Bereichs die Kapitalverwertung schwieriger macht. Zu unterscheiden ist zwischen zwei Formen der Ausdehnung des staatlichen ökonomischen Sektors: der Übernahme als Nicht-Kapitalist und der als Kapitalist.

Übernimmt der Staat ein Einzelunternehmen oder einen Produktionszweig, um es als *Nicht-Kapitalist* weiterzubetreiben, um also die Produktion vom Zwang der maximalen Verwertung des Kapitalvorschusses zu befreien und sie an „gesamtgemeinschaftlichen Bedürfnissen“ (die im Normalfall, z. B. in weiten Bereichen der „Infrastruktur“, Bedürfnisse des Kapitals sind) zu orientieren, dann werden dadurch die Verwertungschancen des Kapitals in dreifacher Weise eingeschränkt:

1. Sofern der Staatsbetrieb mit Einzelkapitalen konkurriert, können für diese, den Verwertungsgesetzen voll unterworfenen Kapitale, „Wettbewerbsbenach-

80 RGBl. I (1935), S. 49

81 Vgl. R. Boccara, in: Sozialistische Politik 18 (1972), S. 37 ff.

teilungen“ entstehen (82).

2. Sofern der Staatsbetrieb aus „gesellschaftspolitischen“ Gründen *auf Gewinn verzichtet* (z. B. Post, Bahn), vermehrt er die Staatsausgaben, die generell, weil sie auf dem Wege über Steuern „zumindest teilweise vom akkumulationsfähigen Teil des Mehrwerts ab(gehen)“ (83), eine negative Verwertungsschranke für das Kapital darstellen, wenn keine inflationäre Finanzierung der vom Staat zu tragenden Kosten erfolgen soll.

3. Wichtiger als die Ausweitung der konkurrenzlosen staatlichen Produktion – der sich das private Kapital zweifellos energisch widersetzen würde – und wichtiger als die Folgekosten für die Staatsausgaben sind aber noch die ökonomischen Wirkungen solcher gradueller Verstaatlichungen auf die verbleibende profitgesteuerte private Produktion. Wird nämlich der Bereich der profitorientierten Produktion und Akkumulation durch Verstaatlichungsmaßnahmen nur sukzessive enteignet, so werden zwei mögliche Reaktionsweisen und Wirkungen in dem verbleibenden privaten Bereich in Erscheinung treten:

– entweder die durch die Enteignung freiwerdenden Geld-Kapitalmassen (denn Entschädigungszahlungen werden die Sozialdemokraten ja wohl leisten wollen) drängen als Spekulationsgelder auf den Geld- und Leihkapitalmarkt und rufen demzufolge inflationäre Prozesse, Störungen des nationalen bzw. internationalen Geld- und Währungssystems sowie massive Spekulationen hervor; – oder, wenn überhaupt noch eine gewisse Akkumulationsneigung der Einzelkapitale vorhanden ist, die freiwerdenden Kapitalmassen drängen unter mehr oder minder krisenhaften Erscheinungen in andere Produktionszweige und Anlagesphären ein. Dieser Prozeß wird mehr oder minder krisenhaft oder krisenverschärfend sein, je nachdem, ob die Produktion und Akkumulation innerhalb des Landes (und auf dem Weltmarkt) selbst im Aufschwung begriffen ist oder bereits absinkende Raten der Produktion und Akkumulation in Erscheinung getreten sind. Zeigt sich bereits generell ein sichtbares Mißverhältnis zwischen dem akkumulierten produktiven Kapital und seiner Verwertung und damit Überakkumulationstendenzen mit absinkenden Raten der Kapitalerweiterung, drängen jetzt jedoch noch neue Kapitalmassen in alte Anlagesphären, so müssen sich die krisenhaften Prozesse noch verschärfen. Denn bei begrenzten Märkten und begrenztem Profit würde das Hereinfließen neuer Kapitale die Profitraten weiter senken, die Konkurrenz verschärfen, alte Kapitale aus dem Markt werfen und Konkurse und Pleiten zur Folge haben.

Die dritte Wirkung, die Verengung und Störung der privaten Kapitalverwertung bei gleichzeitiger, durch Entschädigungszahlungen bewirkter Aufblähung des anlagesuchenden Kapitals, entsteht auch dann, wenn der Staat ein Unternehmen übernimmt, um es als reeller Kapitalist, also mit dem Ziel der Verwertung des vorgeschossenen Kapitals, weiterzubetreiben; diese Wirkung verstärkt sich, wenn der Staat auf diese Weise eine Branchenmonopolstellung gewinnt und dadurch ganze Produktionszweige dem Privatkapital verschließt. Zwar leisten in diesem Falle, indem der Staat als Einzelkapitalist tätig wird, die vom Staat beschäftigten Lohnarbei-

82 Vgl. E. Altvater, a. a. O., S. 21

83 ebd., S. 20

ter produktive, die gesamtgesellschaftliche Mehrwertmasse vergrößernde Arbeit, aber der von ihnen erarbeitete Mehrwert fließt nicht unmittelbar in die Durchschnittsprofitrate des Privatkapitals ein – es sei denn, der Staat verwendete ihn sofort zur Subventionierung von Einzelkapitalien. Wenn aber diese Verengung der Anlagesphäre den Staat wiederum zwingt, den krisenhaften Tendenzen durch Bereitstellung neuer Anlagechancen für das Kapital zu begegnen, dann findet nur eine Verschiebung, nicht aber die strategisch gewollte Einschränkung des Verwertungsbereichs statt.

Zusammenfassend ergibt sich, daß in jedem Fall die schrittweise und punktuelle Übernahme profitabler Unternehmen in Staatsbesitz die krisenhaften Tendenzen der Kapitalbewegung notwendig verstärken muß – und das umso mehr, je profitabler der vom Staat übernommene Betrieb vorher gewesen war. Eine solche Übernahmestrategie schränkt profitable Anlagesphären des Kapitals ein, ohne die Masse des nach Profit strebenden Kapitals zu verringern. Sie fördert also den Fall der Durchschnittsprofitrate. Betreibt der Staat das von ihm übernommene Unternehmen nicht als Einzelkapitalist, sondern in seiner Eigenschaft als „fiktiver Gesamtkapitalist“, also ohne Profit, so verschärfen sich die genannten Krisenwirkungen noch dadurch, daß die Masse des akkumulationsfähigen Mehrwerts – und damit die Profitrate direkt – geschmälert wird.

Die in den oben entwickelten drei Punkten angegebenen Beschränkungen und Störungen der privaten Kapitalverwertung durch „graduelle Verstaatlichung“ lassen sich als ökonomisch notwendige Reaktionen ableiten; die darin begründeten Einwände einer solchen Verstaatlichungspolitik beziehen sich allerdings zunächst nur auf die zeitliche Dimension einer solchen Verstaatlichungspolitik, nämlich ihrer zeitlichen Streckung und des *graduellen* (stückweisen) Vorgehens. Darin ist also nicht eine Argumentation gegen Verstaatlichung überhaupt enthalten. Eine solche Politik der Verstaatlichung kann auch nicht von einem einseitigen ökonomischen Standpunkt aus beurteilt werden, ohne die damit gesetzten (und von von Oertzen sicherlich nicht gewollten) sozialen Konflikte – die Reaktion der Kapitalisten und der Lohnarbeiter als Klassen – mit in derartige Überlegungen mit einzubeziehen. Eine solche Verstaatlichungspolitik kann durchaus eine „soziale Eigendynamik“ gewinnen, die eine reale Perspektive der sozialen Umwälzung der gesellschaftlichen Produktionsweise entwickelt bzw. einer solchen Raum gibt (84). Insofern von Oertzen aber die auch nur graduelle Verstaatlichung nur auf parlamentarischem Wege – stellvertretend für die Massen durch die sozialdemokratische Partei – durchsetzen will, wird nicht nur eine solche Perspektive der sozialen Umwälzung verbaut, sondern auch der Lernprozeß der Massen im Verlauf dieser Umwälzung verhindert!

In dieser bewußt fiktiven Betrachtungsweise wird vorausgesetzt, daß die Einzelkapitalisten sich entsprechend ihrem Verwertungsinteresse verhalten, daß sie die Verstaatlichungsmaßnahmen als gute Untertanen hinnehmen und mit den ihnen zu Gebote stehenden ökonomischen Mitteln darauf reagieren.

Also ist es, entgegen von Oertzen, nicht nur eine „ausschließlich durch die praktische Erfahrung zu beantwortende Frage“, ob eine schritt- und bereichsweise

84 Vgl. dazu den Artikel von K. Meschkat über Chile in dieser Nr. der PROKLA

Außerkraftsetzung des Gesetzes der Kapitalverwertung vom Kapital durch „Kapitalflucht, Investitionsstreik, Massenentlassungen, Währungsspekulationen, galoppierende Inflation usw. in großem Stil“ beantwortet (85) würde. Dieses Ergebnis ist vielmehr, was von Oertzen bestreitet, „theoretisch . . . zwingend notwendig“. Wie bereits ausgeführt, ist die Vorstellung, die Einzelkapitalisten würden auf eine graduelle Verstaatlichungsstrategie nur ökonomisch als Einzelkapitale und nicht zugleich politisch als Klasse reagieren, eine reine Fiktion. Gleichwohl war es notwendig, von dieser Fiktion auszugehen, weil sich nur so allen personalisierenden oder soziologisierenden und damit illusionären oder illusionsträchtigen Vorstellungen entgegenzutreten läßt, die sich auch in linke, den Reformismus kritisierende Ansätze einschleichen. Nach Arno Klönne z. B. bleibt sozialdemokratische Reformpolitik „überall dort ohne Effekt, wo sie den Interessen der privaten Großindustrie und des privaten Großkapitals massiv zuwiderläuft, wo sie dem politischen Willen einer gesellschaftlichen Gruppe widerspricht, die auf außerordentlich nachhaltige Weise auch in aktuelle Entscheidungsprozesse der formellen politischen Entscheidungsinstanzen eingreifen kann . . .“. „Privatwirtschaftliche Machteliten“ üben gegenüber den legalen Entscheidungsinstanzen eine „extrakonstitutionelle Souveränität“ aus, die sich nur zum geringsten Teil als direkter Einfluß durch Lobbyismus oder Parteienfinanzierung zeigte, in Wirklichkeit aber darauf beruhe, „daß unter den gegenwärtigen Umständen jede Regierung um ihren Rückhalt in Bevölkerung und Wählerschaft gebracht werden kann, wenn sie dem Willen jener ökonomisch herrschenden Gruppen zuwiderhandelt“ (86). Diese durchaus zutreffende Beschreibung der derzeit in der BRD gegebenen Machtverteilung läßt gleichwohl, eben wegen der Beschränkung auf die Machtverteilung und der soziologischen Bestimmung von Interessen als Eliteinteressen, illusionäre und möglicherweise politisch gefährliche Umkehrschlüsse zu: Wenn es um Eliteinteressen ginge, dann könnte diese Elite durch andere Rekrutierungs- und Selektionsmechanismen verändert werden; wenn alles vom „Willen“ einer mächtigen herrschenden Gruppe abhängt, dann kann diese Gruppe durch eine andere mit einer anderen, z. B. sozialistischen Willensrichtung ersetzt werden.

Demgegenüber bleibt festzuhalten, daß es die durch keinerlei Elitenaustausch veränderbaren Gesetze und Mechanismen der Kapitalbewegung sind, die das Handeln der Einzelkapitalisten bestimmen und jedem sozialdemokratischen Reformismus eine Grenze setzen. Diese Gesetze und Mechanismen können ihre bestimmende Wirkung nur dann verlieren, wenn der Bereich, in dem das Gesetz der Kapitalverwertung weiter gilt, nicht schrittweise verkleinert, sondern in einem von einer kampfbereiten Arbeiterklasse vorangetriebenen Umwälzungsprozeß so weit vorangeht, daß der Verwertungszwang für das Gesamtsystem nicht mehr bestimmend ist (87).

85 Thesen, a. a. O., S. 17

86 A. Klönne: Sozialdemokratie – eine Agentur kapitalistischer Interessen?, in: Der bürgerliche Staat der Gegenwart – Formen bürgerlicher Herrschaft II hrsg. v. R. Kühnl, Reinbek bei Hamburg 1972, S. 82 ff.

87 An dieser Stelle stellt sich das Problem, wo die „Mindestgrenze bei der Nationalisierung“ (Gemeinsames Regierungsprogramm der Sozialisten und Kommunisten in Frankreich, hrsg. v. W. Goldschmidt, Köln 1972, S. 38) liegen soll, jene, wie Boccara es nennt,

Zu b): Von Oertzen geht davon aus, daß die von der graduellen Außerkräftsetzung des Verwertungsbereichs betroffenen Einzelkapitale nicht mit Sicherheit zur wirksamen politischen Vertretung ihrer Interessen, zum kollektiven Handeln als Klasse fähig sind. Ob sie sich durchsetzen könnten, sei eine Frage praktischer Erfahrung. Nach allen praktischen Erfahrungen, die die Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte sammeln konnte, wäre von von Oertzen zumindest zu verlangen, daß er Momente nennt, die den von ihm für möglich gehaltenen politischen Mißerfolg der Bourgeoisie beim Widerstand gegen ihre eigene graduelle Abschaffung heute wahrscheinlicher machen als in früheren Perioden. Von Oertzen nennt solche Momente nicht, und er bemüht sich auch nicht, die in die Gegenrichtung weisenden, offensichtlichen Momente der Strukturveränderung des Gesamtkapitals zu erörtern. Offensichtlich wird das politisch einheitliche Handeln einer nationalen Kapitalistenklasse durch den auf nationaler Ebene weit fortgeschrittenen Prozeß der Konzentra-

„Minimalschwelle einer antimonopolistischen Nationalisierung, durch die garantiert ist, daß die Akkumulation und der monopolistische Profit nicht mehr die gesamte nationale Wirtschaft beherrschen“ (SoPo 18, 58). Die französische Diskussion hat sich auch in der Juso-Programmatik niedergeschlagen: Ihr Beschluß vom Januar 1974 bezeichnet als „Mindestschwelle der Vergesellschaftung“ die „Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien (Energie, Stahl, Chemie, Elektronik, Rüstungsindustrie) und des Kreditwesens“ (S. 18). Diese Mindestschwellen-Diskussion kann hier nicht im einzelnen verfolgt und kritisiert werden. Hier nur drei Bemerkungen:

1. Das gemeinsame Programm von PCF und PS entspricht keineswegs der richtigen Einsicht des PCF-Theoretikers Boccara, „daß eine punktuelle Verstaatlichung auch im Bereich der Schlüsselindustrien absolut unnützlich wäre“ (Boccara, SoPo 18, 59). Es will sich vielmehr der „Minimalschwelle“ punktuell und schrittweise nähern: Bei Regierungsantritt würden nur 9 namentlich genannte Firmengruppen verstaatlicht, auf die Nationalisierung aller Banken und Schlüsselindustrien soll die Regierung lediglich „von Anfang an ... abzielen“; im übrigen soll „die Umstrukturierung des Produktionsapparats ... schrittweise und flexibel gehandhabt werden“.

2. Die ökonomische Bestimmung der Minimalschwelle, wie Boccara sie vornimmt (Unternehmen mit hohen Kosten des konstanten Kapitals, mit hohem Forschungskostenanteil, Grundstoffindustrien und Monopole, Kreditwesen), ist schon deshalb unzureichend, weil sie das Übrigbleiben eines nichtstaatlichen Sektors von „wichtiger strategischer Bedeutung für die Kapitalisten im In- und Ausland“ vorsieht, ohne daß dargelegt wird, wie das Akkumulationsstreben des Kapitals in diesem wichtigen Sektor befriedigt bzw. im Falle der Nichtbefriedigung die Gefahr der Krise abgewendet werden soll (Boccara, SoPo 18, S. 58).

3. Eine rein ökonomische Bestimmung der Minimalschwelle verkennt den notwendigen Prozeßcharakter einer sozialistischen Umwälzung, die sich, weil eben noch ein mächtiger und ökonomisch wichtiger kapitalistischer Gegner vorhanden ist, weil sie also Klassenkampf ist, nicht auf bestimmte vorgeplante Stufen und Etappen der Ausdehnung des Bereichs gesellschaftlicher Kontrolle fixieren läßt. Die rein ökonomische Bestimmung verkennt auch, daß die Wirkung der ökonomischen und politischen Gegenmaßnahmen der Bourgeoisie von politischen Faktoren abhängt, z. B. vom Bewußtseinsstand der staatlichen Bürokratie einerseits, dem der Arbeiterklasse, ihrer revolutionären Phantasie und ihrer Fähigkeit, aus ökonomischen Krisen richtige Konsequenzen zu ziehen, andererseits. Diese kritischen Bemerkungen sollen aber nicht vergessen machen, daß die „Minimalschwellen“-Diskussion in ihrem Niveau haushoch über dem von Oertzenschen Reformgradualismus steht, weil sie ein von Oertzen verworrenes Kernproblem des Gradualismus sieht und ernsthaft reflektiert.

tion und Zentralisation des Kapitals gefördert. Die Chancen, Einzelkapital für Einzelkapital auszuschalten, verschlechtern sich, wenn die Ausschaltung eines Einzelkapitals die ökonomischen Interessen einer Vielzahl mit diesem Einzelkapital verflochtener Einzelkapitale ebenfalls direkt tangiert. Im übrigen sind die Möglichkeiten der Kapitalistenklasse, manipulative Kommunikation für ihre Interessen herzustellen, insofern zuverlässig gesichert, als die Kommunikation innerhalb der Kapitalistenklasse und zwischen den Klassen mindestens in der BRD Gegenstand industrieller, vom Kapital selbstbetriebener oder beeinflusster Produktion geworden ist.

Dies sind nur zwei beispielhaft aufgezählte zusätzliche Tendenzen, die den politischen Vereinheitlichungsprozeß der Kapitalistenklasse erleichtern; sie dürfen nicht verwechselt werden mit den Konstitutionsbedingungen der Bourgeoisieklasse, als ihr gemeinsames Interesse gemeinsam vertretende Klasse überhaupt. Diese Konstitutionsbedingungen sind mit der kapitalistischen Produktionsweise selber gesetzt: durch gemeinsame Interessen der Einzelkapitale, die im Normalfall nicht Gegenstand ihrer Konkurrenz untereinander sind – weder in dem Sinne, daß diese Interessen durch ein bestimmtes, mit den anderen konkurrierendes Einzelkapital durchgesetzt werden können, noch in dem Sinne, daß diese Interessen sich, wie z. B. das Interesse an einem möglichst hohen Anteil an der Mehrwertmasse, für jedes Einzelkapital nur auf Kosten eines anderen Einzelkapitals durchsetzen lassen. Diese gemeinsamen Interessen – Schaffung allgemeiner materieller Produktionsbedingungen, rechtliche Sicherung der Austausch- und damit der Ausbeutungsverhältnisse, Repression aller diese Verhältnisse gefährdenden gesellschaftlichen Kräfte, Sicherung der Expansionsbedingungen des nationalen Kapitals auf dem Weltmarkt (88) – machen eine besondere, nicht selbst als Einzelkapital fungierende Institution, den bürgerlichen Staat, erst möglich und notwendig.

Für von Oertzen freilich, bei dem „das Kapital“ in der gesellschaftlichen Wirklichkeit durch viele einzelne Kapitalisten . . . verkörpert wird“ (89), steht der Staat kraft mythischer Urzeugung offenbar von vornherein neben diesem Gewimmel von Kapitalisten und kann daher auch göttergleich seine Blitze auf sie herabschleudern, wenn sie es allzu übermütig treiben.

Fassen wir vorläufig zusammen: Von Oertzens scheinbar an Marx festgemachter Theorie des staatlichen Reformgradualismus fehlt sowohl ein Begriff vom Kapital im allgemeinen wie von den Kapitalisten als Klasse. Die Reduktion des Kapitals auf eine Menge von Einzelkapitalen ermöglicht es ihm, sowohl die den Gesetzen der Kapitalbewegung geschuldeten ökonomischen als auch die den gemeinsamen Klasseninteressen der Kapitalisten geschuldeten politischen Hindernisse seiner Reformstrategie einfach zu übersehen.

Zu c): Setzen wir einmal mit von Oertzen voraus, der Staatsapparat, insbesondere wenn er sozialdemokratisch regiert wird, habe tatsächlich eine „begrenzte Planungs- und Lenkungs-kapazität“ gewonnen, die es ihm ermöglicht, erste Schritte zur Beschneidung der Verwertungssphäre zu tun. Ein solcher Staat wäre auch und

88 Vgl. E. Altvater, a. a. O., S. 9

89 Thesen, a. a. O., S. 17

gerade bei einem technokratischen Selbstverständnis gezwungen, die ökonomischen Folgewirkungen solcher Schritte zu kalkulieren. Die ökonomischen Folgewirkungen von Verstaatlichungen lukrativer Schlüsselindustrien könnten nur bei gleichzeitiger administrativer Verhinderung von Kapitalflucht, Inflation, Massenentlassungen und Investitionsstop in den vorher mit Durchschnittsprofit arbeitenden Branchen konkurrenzfähig werden. Dies aber bedeutet eine Außerkraftsetzung des Profitprinzips für ein Vielfaches der unmittelbar von der eigentlich beabsichtigten Verstaatlichung betroffenen Einzelkapitale, die notfalls mit Folgeverstaatlichungen erzwungen werden muß. Der Gradualismus verunmöglicht sich also selbst: Auf Grund der mit Sicherheit einzukalkulierenden ökonomischen Reaktionen des Kapitals auf die ersten Schritte müssen die zweiten, dritten etc. Schritte gleichzeitig mit oder nach dem ersten Schritt erfolgen, soll der erste Schritt nicht wirkungslos bleiben.

Analoges gilt für die politische Ebene: Erste Schritte gegen die Interessen der Bourgeoisie führen zu politischen Reaktionen dieser Klasse, sowohl auf der Ebene der politischen Manipulation des Verhaltens von kleinbürgerlichen Zwischenklassen und lohnabhängigen Zwischenschichten (Panik-Agitation) als auch auf der Ebene der Aufhebung staatsbürgerlicher Freiheiten durch direkten Einsatz des Repressionsapparates (Militär, Polizei), dessen Leitung notfalls mit der reaktionärsten Fraktion der Politiker des Kapitals kurzgeschlossen werden kann (Putsch). Um diese Reaktionen zu vermeiden, ist es für eine reformistisch die Kapitalinteressen angreifende Regierung notwendig, schon gleichzeitig mit dem ersten Schritt der Bourgeoisie die Manipulations- und Repressionsapparate aus der Hand zu nehmen, will sie nicht durch Zwischenwahlen Niederlagen gelähmt, durch Komplote zersetzt oder durch Putsch aus dem Amt gefegt werden. Die beiden erstgenannten Folgen traten sogar schon bei der Regierung Brandt ein, obwohl sie niemals einen wirklichen ersten konsequent-reformistischen Schritt getan hatte; die Angst, sie könnte es tun, reichte aus, um diese Mechanismen erfolgreich in Gang zu setzen. Dies bedeutet, daß eine reformistische Regierung, die den von Oertzen beschriebenen Weg tatsächlich beschreiten wollte, auch auf der Ebene der Umorganisation des Staatsapparats von Anfang an gezwungen wäre, die Machtpositionen kapitalkonformer Kräfte drastisch einzuschränken.

Wir können das Gedankenexperiment eines technokratisch-reformerisch eingeführten Sozialismus an dieser Stelle abbrechen. Der Staatsapparat kann seinen, wie Habermas zu Recht feststellt, *begrenzten*, eben auf Krisenmanagement im Interesse des Gesamtkapitals begrenzten Planungs- und Lenkungsspielraum eben nicht, wie von Oertzen meint, unbegrenzt ausweiten.

Nun schwebt auch von Oertzen nicht die Einführung des Sozialismus per Dekret vor; er hängt aber der Vorstellung an, ein Staat, dessen Regierung sozialdemokratisch sei und von sozialdemokratisch-reformistischen Massenbewegungen unterstützt werde, könne mit Hilfe dieser Massen das Kapital Schritt für Schritt zurückdrängen. Es bleibt festzuhalten, daß jeder ernsthaft betriebene Reformgradualismus ökonomische und politische Widerstände des Kapitals hervorrufen muß, deren Abwehr ein entsprechendes Widerstandsvermögen der Arbeiterklasse voraussetzt. Auch der Reformgradualismus braucht, denkt man ihn zu Ende, eine Arbei-

terklasse, die fähig ist, die Macht der Bourgeoisie zu brechen. Er bedarf einer Arbeiterklasse, in der revolutionäres Bewußtsein bereits weit entwickelt ist. Nur: Eine solche Arbeiterklasse bedarf nicht mehr des Reformgradualismus. Für sie wäre die Festlegung auf eine Schritt-für-Schritt-Strategie administrativer Veränderungen ein Hemmnis.

Bevor ein revolutionäres Bewußtsein in der Arbeiterklasse entwickelt ist, hat die reformistische Ideologie und Politik freilich eine ambivalente Funktion. Auf der einen Seite stimuliert sie das Bewußtsein von der Notwendigkeit gesellschaftlicher Veränderung, auf der anderen Seite suggeriert sie Vorstellungen über die Möglichkeit dieser Veränderungen ohne Klassenkampf. Wo das Schwergewicht der Wirkung des Reformismus auf die Arbeiterklasse jeweils liegt, in der Stimulation progressiver oder sozialistischer Zielvorstellungen oder in der abwiegelnden Bindung an den bürgerlichen Staat, muß jeweils auf Grund einer Analyse der gegebenen historischen Situation bestimmt werden, und nach dieser Analyse hat sich auch die Bündnispolitik der Sozialisten mit sozialdemokratischen Reformisten zu richten. Wie wir im letzten Abschnitt ausführen werden, scheint uns das Schwergewicht von von Oertzens Strategie-Thesen eindeutig auf der zweiten Seite des Reformismus zu liegen: auf der Anbindung des durch die Verschärfung der Klassenseinsetzungen aktivierten Teils der Arbeiterklasse an die Formen einer Vertreterpolitik, auf der Reduktion der durch die Reformversprechen der SPD-Regierung selbst stimulierten Veränderungsansprüche (unter dem Vorwand, es gehe alles nicht so schnell) und damit letztlich auf der ideologischen Vorbereitung einer Disziplinierung derjenigen, die sich mit dieser Reduktion nicht zufriedengeben, durch einen repressiver werdenden Staatsapparat.

IV. Von Oertzens Thesen – eine neue Integrationsideologie

Die Wählerbasis der Sozialdemokratie ist nur mittelbar der Adressat der Thesen von von Oertzen; sie sollen sicherlich auch einen Beitrag leisten, daß relevante Teile von SPD-Wählern nicht von einem Loslösungsprozeß von der Sozialdemokratie nach links erfaßt werden.

Adressat im eigentlichen Sinne aber ist die Partei selbst und ihr vor allem die integrationsbereiten Teile der SPD-Linken, also die Masse der der Vorstandslinie folgenden Jusos und die von ihnen mitpolitisierten Gruppen von unteren Funktionären,

Die Hauptfunktion der Thesen wird in folgenden Sätzen von Oertzens deutlich und klar ausgesprochen:

„Wer die Einheit der Partei vorsätzlich oder fahrlässig in Frage stellt, ist in der SPD am falschen Platz. Die Auseinandersetzung mit diesen Genossen muß primär als offene politische Diskussion geführt werden. Erreicht diese Diskussion jedoch nicht zumindest einen praktischen Konsensus, dann darf die Partei die organisatorische Trennung von solchen Mitgliedern nicht scheuen“ (90).

Die Alternative, die von Oertzen stellt, heißt also: Integration oder Ausschluß.

Dem großen Teil der von von Oertzen als integrationswillig eingeschätzten linken Sozialdemokratie wird in der derzeitigen für die SPD kritischen Situation (Scheitern der Reformversprechen und Wählerschwund nach links und rechts) ein Angebot gemacht: Sie dürfen ihre innerparteiliche Meinung bewahren und erhalten die Erlaubnis, bestimmte Elemente ihrer Programmatik wie die Berufung auf Marx und das Bekenntnis vom sozialistischen Endziel weiterzuvertreten, wenn sie bereit sind, auf Konsequenzen aus dem Scheitern der Reformrhetorik zu verzichten und sich zu einem praktisch folgenlosen Reformgradualismus zu bekennen.

Die beiden Minderheitsfraktionen der Jusos, die Stamokap-Gruppe und die Antirevisionisten, werden dagegen nicht mehr integrationsfähig, aber auch als nicht wählerrelevant angesehen und so zum Ausschluß freigegeben. Von Oertzen ist dabei nicht zu verwechseln mit innerparteilichen Eisenfressern und Massenausschlußbefürwortern wie H. J. Vogel. Er versucht vielmehr den größten Teil der SPD-Linken in die SPD zu integrieren und auf diese Weise als Gefahrenquelle auszuschalten. Nur so sind von Oertzens Komplimente gegenüber dem „positiven und unverzichtbaren“ Beitrag der Linken (91), seine Mahnung an die Partei-Rechte einzusehen, „daß die Doppelstrategie für eine demokratisch-sozialistische Bewegung unverzichtbar und die daher rührende Problematik unvermeidlich ist“ (92) einerseits und seine Forderung nach „radikalem Verzicht auf die moralisierende Aufblähung der unvermeidlichen Konflikte“, also nach Verzicht auf die Austragung der eigentlich unvermeidlich gewordenen Auseinandersetzungen um die Grundlagen der Reformstrategie andererseits zu verstehen.

Um allerdings die nicht integrierbaren Teile der SPD-Linken ausschließen zu können, muß von Oertzen den vom Godesberger Programm gesetzten Rahmen verengen. Er gibt zu, daß auch Nicht-Reformisten sich auf die Grundwerte des Godesberger Programms berufen können, wenn er schreibt:

„Diese Grundwerte und Forderungen sind so allgemein gehalten, daß im Rahmen der SPD eine sehr große Spannweite verschiedener politischer Auffassungen möglich ist . . . Verpflichtend ist lediglich das grundsätzliche Bekenntnis zur Demokratie und zum Sozialismus“ (93).

Ebensowenig wie das Grundgesetz ausreicht, um Sozialisten und Kommunisten als Verfassungsfeinde vom öffentlichen Dienst auszuschließen, so reicht auch dieser Rahmen nicht aus, um einen Parteiausschluß zu begründen. Von Oertzen muß also eine das Godesberger Programm selbst einengende Interpretation sozialdemokratischer Programmatik vornehmen, um sich diese Möglichkeit des Ausschlusses zu schaffen. Er beruft sich auf sogenannte „Grundentscheidungen“ des Godesberger Programms, die anzutasten nicht erlaubt sein soll:

„Wer, auch wenn er den Wortlaut des Godesberger Programms dabei nicht antastet, versuchen wollte, die Grundentscheidungen abzuändern, würde den Charakter der Partei von Grund auf in

91 ebd., S. 24

92 ebd., S. 27

93 ebd., S. 22

Frage stellen und sie damit unvermeidlicherweise in eine schwere Krise stürzen“ (94).

Diese Grundentscheidungen sind u. a.: „Die SPD versteht unter ‚demokratischem Sozialismus‘ . . . nicht den konsequenten Sozialismus der Marxschen Tradition. . . .“ (95) und „Die SPD will eine ‚reformistische‘ Partei sein“ (96). Folglich gehören u. a. Vertreter einer „pauschalen Kritik des sogenannten ‚Reformismus‘, oder gewisse gleichlaufende Tendenzen unter einigen Vertretern des Theorems von der sogenannten ‚Sozialstaatsillusion‘“ auch dann nicht in die SPD, wenn sie sich auf die Grundwerte des Godesberger Programms zu Recht berufen könnten (97).

Wohlgemerkt: Hier geht es nicht um die Frage, ob Nicht-Reformisten Mitglied der SPD sein oder bleiben *sollten*, sondern um die Weise der Argumentation, mit der von Oertzen diesen Sozialisten den Zugang zu einer sich angeblich als breit und offen verstehenden und sozialistische Zielvorstellungen zumindest im Programm vertretenden Partei versperrt. Die Argumentationsweise entspricht in ihrer Struktur genau der Argumentation, mit der von seiten der CDU aus der FDGO des Grundgesetzes die Grundentscheidung für ein kapitalistisches System abgeleitet wird. Nur am Rande sei bemerkt, daß von Oertzen selber in den 60er Jahren zu den entscheidendsten Kritikern der jetzt von ihm für verbindlich erklärten „Grundentscheidungen“ des Godesberger Programms gehört hat. Wir haben in diesem Aufsatz bewußt vermieden, den frühen von Oertzen dem heutigen gegenüberzustellen, denn ein solcher Vergleich lehrt fast nur etwas über seine Person, kaum jedoch etwas über die Funktion seiner heutigen Version des SPD-Reformismus.

Dafür, daß die von uns oben beschriebene innerparteiliche Funktion der von Oertzenschen Thesen: nämlich Argumentationshilfe für Integration oder Ausschluß zu sein, überall auch so verstanden worden ist, gibt es zahlreiche Belege. In seiner Schrift „Wie links dürfen Jusos sein?“ zitiert Volker Mauersberger die o. g. Passage von Oertzens über die Verfechter des Theorems von der Sozialstaatsillusion und interpretiert sie wie folgt:

„Diese Absage des SPD-Vorstandsmitglieds Peter von Oertzen ist eindeutig und ist innerhalb der Gesamtpartei nicht überhört worden. Sie bildet die ideologische Grundlage für die Zehn-Punkte-Erklärung des Parteivorsitzenden Willi Brandt, die bis heute die letzte programmatische Grundsatzerklärung zur innerparteilichen Situation geblieben ist“ (98).

In der Zehn-Punkte-Erklärung von Brandt vom 2. 4. 1974 heißt es denn auch unmißverständlich:

„Wer meinen sollte, seine Pflichten gegenüber der Partei erschöpfen sich in hämischer Kritik an der Partei und ihren Vertrauensleuten, sollte diese Kritik besser von außerhalb der Partei üben. Es ist erforderlich, sie von Einzelnen zu trennen, die die Godesberger Grundlagen und die

94 ebd.

95 ebd., S. 23

96 ebd.

97 ebd., S. 28

98 Wie links dürfen Lehrer sein?, hrsg. v. V. Mauersberger, Reinbek bei Hamburg 1974, S. 13

Grundwerte des demokratischen Sozialismus verlassen, indem sie Aktionseinheiten mit Kommunisten praktizieren“ (99).

Von Oertzens Versuch, die Masse der SPD-Linken durch Integration, ihre linken Flügel durch Ausschaltung unschädlich zu machen, stellt die Jusos vor ein zentrales Problem.

Von 1969 bis heute konnten sie sich vor einer klaren programmatischen Aussage zum Reformismus drücken. Sie legten sich weder auf eine gradualistische Reformstrategie verbal fest, noch postulierten sie eine revolutionäre Umwälzung. Ihre Strategieaussagen blieben nicht nur unvollständig, sondern widersprüchlich. In den ersten Jahren seit ihrem Linksruck nutzten sie die reformistische Interpretierbarkeit der Gorz'schen Formulierungen von den „antikapitalistischen, nichtreformistischen Strukturreformen“, ohne allerdings die von Gorz stets gesehene Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung, auf die die Strukturreformen durch Aufbau von Gegenmacht und Verbesserung der Ausgangspositionen der Arbeiterklasse hinzielen sollten, mit zu rezipieren. Sie forderten auch als Zwischenschritte stets Maßnahmen zur radikalen Beschneidung der Kapitalverwertungssphäre, z. B., wie zitiert, 1974 eine „Mindestschwelle der Vergesellschaftung“, andererseits erklärten sie, durchaus im Sinne von Oertzens, auf ihrem Bremer Bundeskongreß 1970:

„Eine solche neue Wirtschaftsordnung muß schrittweise eingeführt werden, ohne daß dadurch Belastungen der Stabilität oder gar handfeste Wirtschaftskrisen entstehen dürfen“ (100).

Mit diesem Sich-Durchmogeln vor entscheidenden Problemen einer sozialistischen Strategie hat es jetzt ein Ende, nachdem die SPD-Führung aus dem Scheitern des Verbalreformismus die Konsequenz einer eindeutigen Schwenkung zu einer kapitalkonformen Politik gezogen hat und damit die Jusos zum Widerspruch oder zum Zugeständnis, daß sie ihre eigenen Zielvorstellungen nicht ernst nehmen, herausfordert – nachdem andererseits von Oertzen mit seinen Thesen den Verzicht auf jede praktisch folgenreiche Auseinandersetzung mit der Linie der Führung zur Voraussetzung ihres Verbleibens in der SPD erklärt hat. Der Juso-Bundesvorstand scheint sich eindeutig auf eine Strategie der Integration in die Partei, des Überlebens und des Entrismus festgelegt zu haben. Es ist zweifelhaft, inwieweit es gelingt, auch die Juso-Basis auf diese Linie zu verpflichten – das reformistische Bekenntnis des Juso-Bundesvorstandes wurde auf dem Juso-Bundeskongreß in München im Januar abgelehnt –, zumal da hier das grundsätzliche Problem jeder entristischen Strategie ein zusätzliches Hindernis bildet: Die strategischen Motive der entristischen Anpassung können von ihren Vertretern nicht in offener Diskussion ausgesprochen werden, weil sonst von seiten der entrierten Organisation der Vorwurf der Doppelzüngigkeit erhoben werden und damit die vom Entrismus erhoffte Wirkung verfehlt werden kann.

Von Oertzens Thesen sind ein Versuch, die SPD-Linken durch Integration unschädlich zu machen – das läßt sich am besten an seinen Ausführungen zur

99 Willy Brandt, Zehn-Punkte-Erklärung vom 2. 4. 1974, zit. nach: Wie links dürfen Lehrer sein?, a. a. O., S. 59

100 Bremer Beschlüsse, hrsg. v. Bundesvorstand der Jusos, o. O., o. J. (1970), S. 6/1

Doppelstrategie zeigen. Diese Ausführungen zeigen zugleich seine manipulative Einschätzung der Arbeiterklasse und die Impotenz des von Oertzenschen Ansatzes zur Erneuerung des Reformismus überhaupt, nämlich seine Unfähigkeit zu verstehen, welche Veränderungen im Bewußtsein und in der Kampfbereitschaft auch der westdeutschen Industriearbeiter sich in den letzten Jahren vollzogen haben. Kurz gefaßt: von Oertzen lehnt alle nicht für die Parteiarbeit kanalisierbaren Formen außerparteilicher Aktivitäten ab; er instrumentalisiert die von den Jusos als gleichwertig postulierte „Basisarbeit“ endgültig zu einer Hilfsfunktion für die Politik im Staats- und Parteiparat, zu einer „sinnvollen Ergänzung, ja Stärkung der Arbeit der Partei selbst“ (101); die Arbeiterklasse erscheint nur noch als Objekt der Mobilisierung; alle Formen des autonomen Kampfes im Produktions- und Reproduktionsbereich verfallen der Ablehnung (102). Also da, wo die Jusos praktisch noch etwas bewirkt haben, werden sie besonders hart an die Partei-Kandare genommen. Bemerkenswert ist, daß von Oertzen bei der Ablehnung „direkter Aktionen“ nicht mehr parteistrategisch argumentiert, sondern ausschließlich rechtsfetischistisch (103). Jede Rechtsvorschrift wird plötzlich zur absoluten Grenze praktisch-politischer Aktion erklärt und mit dem Rechtsstaat als solchem identifiziert (These 58), und dies, obwohl von Oertzen zugeben muß, daß die geplante Durchbrechung von Rechtsvorschriften „politisch verständlich“ sein kann und sich sogar in eine reformistische Strategie einfügen könnte. In These 57 heißt es:

„Es kann und soll auch nicht gelehnet werden, daß in der Geschichte der sozialen und politischen Reformbewegungen bis in die Gegenwart hinein das Durchbrechen der geltenden Rechtsordnung unter bestimmten Umständen dazu beigetragen hat, notwendigen Reformen den Weg zu ebnen“ (104).

Hier erreicht von Oertzen den absoluten Höhepunkt: Er nimmt nicht einmal seinen eigenen Reformismus mehr ernst. Es zeigt sich, daß von Oertzen nicht nur Marxsche Begriffe instrumentalisiert, um einen realitätsfremden Reformgradualismus zu begründen, sondern daß er auch diesen Reformismus wieder instrumentalisiert (und bei Bedarf fallen läßt), um zu begründen, daß die Sozialdemokratische Partei nichts tun kann, nichts zu tun braucht und nichts tun darf, um die ökonomischen und politischen Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise anzutasten.

Die Thesen von Oertzens erweisen sich als das, was sie wirklich sind: als Versuch, eine neue Integrationsideologie zu formulieren, der die abstrakt beschworene Erhaltung der Parteieinheit über alles geht. Die Widersprüchlichkeit der alten reformistischen Theoreme wird bewußt in Kauf genommen und mit marxistischem Zitatenschmuck versehen, um so eine Neuauflage eines „Kautskyanismus“ in die Wege zu leiten. Was über Kautsky vor 1914 gesagt werden kann, gilt daher heute auch für von Oertzen:

101 Thesen, a. a. O., S. 21

102 ebd., S. 23 f.

103 ebd.

104 ebd.

„Wozu die bürgerliche Wissenschaft und auch der ‚Bernsteinsche Revisionismus‘ sich naiv bekannten, das deckten diese Theoretiker (d. h. Kautsky u. a. – d. Verf.) mit einer Berufung auf Marx theoretisch ab: Die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse war die Basis sozialdemokratischer Politik“ (105).

Und damals wie heute war und ist der Kautskyanismus ‚eine Fessel des revolutionär-proletarischen Klassenkampfes‘, wie Karl Korsch schon während der Weimarer Republik feststellte (106).

Dieser ‚Kautskyanismus‘ hat auch heute wieder realpolitische Vorteile für die SPD gegenüber dem ‚naiven Revisionismus‘ ebenso wie gegenüber der unverhüllt auftretenden kapitalkonformen Politik: Er ermöglicht die Einbindung einer möglichst großen Zahl von sich der Sozialdemokratie verpflichtet Fühlenden in die SPD, indem er die Widersprüche verkleistert, und er gewinnt dadurch auch außerhalb der Partei ein gewisses Maß an Massenloyalität für die Politik einer sozialdemokratisch geführten Regierung.

Nicht um die Theoriediskussion auf ein neues, geschweige denn höheres Niveau zu bringen, sondern um dieser Vorteile willen hat von Oertzen seine Thesen geschrieben. Da diese vordergründigen Vorteile sich wiederum für den Kampf der Arbeiterklasse als schwerwiegende Nachteile erweisen können, galt es diese Thesen zu kritisieren. Dabei muß klar sein, daß diese Kritik fern jeder moralischen Verurteilung oder der Bezeichnung des Verrats sein soll und muß. Eine Kritik, die den Anspruch, eine sozialistische Gesellschaftsordnung erreichen zu wollen, ernstnimmt, – einen Anspruch, den auch von Oertzen verbal stellt, aber zugleich alles tut, um ihn nicht einlösen zu müssen –, muß an den realen Widersprüchen einer kapitalistischen Gesellschaft anknüpfen. Die proletarische Massenbasis der Sozialdemokratie ist Ausdruck eines dieser Widersprüche. Er läßt reformistisches Bewußtsein in der Arbeiterklasse weiterhin und immer wieder durch die widersprüchlichen und Illusionen fördernden Erfahrungen der Arbeiter in der Sphäre der Produktion entstehen. Die Thesen von Oertzens helfen zu verhindern, daß zumindest Teile in der Sozialdemokratie eine Strategie entwickeln, die die Arbeiterklasse die kapitalistische Gesellschaft als Schranke erkennen läßt und radikal in Frage stellt. Darum mußten und müssen sie kritisiert werden.

105 B. Rabehl, W. Spohn, U. Wolter: Historische und politische Voraussetzungen der Kritik Mandelbaums am Sozialdemokratismus und Leninismus, in: W. Mandelbaum, Sozialdemokratie und Leninismus, Berlin 1974, S. 91

106 K. Korsch: Die materialistische Geschichtsauffassung, o. O., o. J., Reprint, S. 130